

PAX AN



4/23
nur online

Informationen der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Landesverband Bayern

Liebe Freundinnen und Freunde

Im November 2023 haben wir PAX AN 3-23 in einer gedruckten Version und per Newsletter verschickt. Eine lange Fassung, die nur online erscheinen sollte, war wegen der vielen Aufgaben dann leider nicht mehr realisierbar.

PAX AN 4-2023 nur-online gibt es jetzt nur als digitale Fassung online, nicht als gedruckte Version. Diese online-Fassung ist ein Rückblick auf unsere Aktivitäten im zweiten Halbjahr 2023. Paradoxe Weise, aber meinen anderen Projekten geschuldet, kommt die Ausgabe 4-2023 kurz nachdem die gedruckte Fassung 1-2024 verschickt wurde (per Briefpost und per E-Mail); und das Material für eine lange Fassung 1-2024 online schon auf dem Tisch liegt (digital, versteht sich)

Dieses PAX An online 4-2023 zeigt, dass an vielen Orten Menschen für den Frieden arbeiten, Veranstaltungen organisieren und diskutieren. Die folgenden Berichte sind keinesfalls vollständig, denn in vielen Fällen gibt es keine Bilder und schriftliche Berichte – oder sie gelangen nicht zu mir. Daher mein Dank an die FriedensfreundInnen, die mir Bilder und schriftliche Berichte oder Meinungsartikel und Kommentare zukommen lassen haben (z.B. Willi, Martina, Maria, Werner, Marian, Traudel, Klaus, Josef, Julian...)

Nur punktuell berichten die Medien über uns, aber das zu dokumentieren, darauf lege ich im PAX AN besonderen Wert. Es zeigt, dass wir mit beharrlicher Arbeit und guten Veranstaltungen auch eine Berücksichtigung in lokalen Medien erreichen können. Leider sind diese Medienberichte eine Ausnahme.

Daher ist es umso wichtiger, dass Berichte über unsere Arbeit, einigermaßen aufbereitet, gestaltet und leicht lesbar, in unseren sozialen Medien zu finden sind. So dass friedensinteressierte Menschen, die mit Recht die Frage stellen, wo bleibt die Friedensbewegung? Zumindest eine Chance haben, über die vielen Friedensaktionen zu erfahren.

Was nicht in den Medien erscheint, scheint politisch nicht zu existieren. So leben Regierungsparteien und Medien in ihrer eige-

nen Blase. Aber im Freundeskreis, im Verein, am Stammtisch, in der Firma, oder wie immer, diskutieren die Menschen über Krieg und Frieden, über Wirtschaftskrieg, Inflation und über ihre wirtschaftliche Lage und die Stimmung im Lande. Wie viele glauben schon lange nicht mehr an die Parolen der Regierungsparteien? Glauben nicht an den Sieg (der Ukraine) oder haben Angst vor einem Atomkrieg – berechtigterweise! Ich meine wir bringen auf den folgenden Seiten auch Informationen und Argumente zu all diesen Diskussionen.

Alle Beiträge zeigen die Notwendigkeit einer eigenständigen Friedensorganisation, deren aktive Freundinnen und Freunde unermüdlich immer wieder aufstehen und für den Frieden eintreten!
Wir freuen uns auch über Rückmeldungen und Kommentare.

Mit Friedensgrüßen!
Thomas Rödl, Sprecher der DFG-VK Bayern.

Nachtrag:
Beim Versand per Mail im November vergangenen Jahres ist uns eine Panne unterlaufen, mit der Folge dass manche EmpfängerInnen die Newsletter-Mail mehrmals erhalten haben. Tja die Tücken der Digitaltechnik. Wir bitten um Nachsicht.

Inhaltsverzeichnis

- S. 2 Nachruf auf Claus Schreer und Vermischtes
- S. 3 Gefallene Engel, die aus der Hölle kommen
- S. 5 Antikriegstag Schweinfurt
- S. 7 Antikriegstag Augsburg
- S. 8 Antikriegstag Ingolstadt
- S. 9 Bericht Erlangen
- S. 10 Bericht über das Arbeitstreffen der Kampagne Atomwaffen abschaffen
- S. 12 Atomwaffen abschaffen. Bericht über eine Fahrradtour
- S. 15 Aktionstag gegen den Ukraine-Krieg, München
- S. 17 Stellungnahme der DFG-VK Bayern zum Gaza-Krieg
- S. 18 Verpasste Chance. Kommentar zum Palästina Konflikt
- S. 19 Was haben wir gelernt? Kommentar zum Afghanistan Jahrestag
- S. 20 Friedenswochen in Augsburg
- S. 21 Sonstiges und Vermischtes
- S. 22- 24 Auszüge aus der Präsentation „Kalter Krieg- Heisser Krieg“

Teilnahme bis zum
12. April 2024

Schul-Kunst-Wettbewerb 2023/24
Sei Friedenskünstler*in

Wie viel wäre doch gewonnen, wenn wir das Zusammenleben erfüllt von Frieden ganz ohne Gewalt gestalten würden! Jede*r von uns kann einen Beitrag dazu leisten und niemand ist zu unbedeutend, weil wir alle gemeinsam das Leben formen, das wir führen wollen.

Nun bist du gefragt, denn jeder Veränderung geht eine große Vision voran:
Deine Vision von einer Welt ohne Krieg!

Gib deinen Gedanken in einer Malerei, Zeichnung oder in einem dreidimensionalen Werk eine Gestalt und gewinne tolle Sachpreise in Form von hochwertig-professionellen Kunstmateriale. Ideen dazu, wie dir das gelingen kann und wie du teilnimmst, erfährst du unter sei-friedenskuenstlerin.dfg-vk.de



DFG-VK
Landesverband Bayern, Frauenlobstr. 24
80337 München
kunstwettbewerb.bayern@dfg-vk.de

v.l.s.d.p.: B. Kusche, 86754 Munningen

sei-friedenskuenstlerin.dfg-vk.de



Zur Erinnerung an Claus Schreer

Er war ein Ostermarschierer der ersten Stunde, die treibende Kraft hinter vielen Antikriegsaktionen und der unermüdete Haupt-Organisator der Demo gegen die sog. Sicherheitskonferenz in München

■ Abgeschrieben JW 26.-27.8.2023

■ **Zum Tod des Friedensaktivisten**
Claus Schreer teilten Monika Ziehaus, Michael Backmund, Azad Bingöl, Petra Gerschner und Konstantin Wecker am Donnerstag mit:
 Mein Claus ist tot. Claus ist tot. Claus Schreer ist tot. Sein Tod ist für uns persönlich und politisch unendlich traurig. So, wie es für das ganze Leben von Claus und uns immer gewesen ist, sind das Persönliche und das Politische untrennbar miteinander verbunden. Weil es immer um uns, die konkreten Menschen und unsere gemeinsamen politischen Träume und Kämpfe geht.

Claus war für Monika seit Jahrzehnten geliebter Lebenspartner im wahrsten Sinne des Wortes. Für uns war Claus ein echter Freund und immer auch ein streitbarer und unbequemer Genosse und Weggefährte. Niemals Opportunist. Niemals eitel oder auf seinen eigenen persönlichen Vorteil bedacht. Konsequenz, persönlich integer und politisch radikal. Ein Internationalist des Herzens und der Tat: Er wurde nicht nur für seine Reden und Texte u.a. in Solidarität mit der kurdischen Befreiungsbewegung und Abdullah Öcalan von deutschen Gerichten verurteilt, sondern stand auch in Kurdistan vor türkischen Soldaten und sah die deutschen Panzer im Einsatz.

Sein Tod ist gerade in diesen schrecklichen Zeiten des Krieges eine unendlich traurige Nachricht. Denn Claus hat fast sein ganzes Leben gegen alle imperialen Kriege gekämpft und sich immer und unermüdet für eine friedlichere und gerechtere Welt für alle Menschen weltweit stark gemacht. Oft bis zur Erschöpfung, ohne Rücksicht auf die physischen Grenzen seines Körpers. Er ist dafür festgenommen, verhaftet, von der Polizei verprügelt und eingesperrt worden. Er hat die Fragen gestellt, die menschlich stellen muss, auch wenn sie für die eigene Organisation oder alte Weggefährten unangenehm waren. Die verzweifelte Entwicklung der herrschenden Verhältnisse wollte Claus nie un widersprochen dulden, sondern die Option auf eine bessere Welt und eine gerechtere Gesellschaft wachhalten. So blieb er bis zuletzt politisch aktiv und konnte auch in hohem Alter das Leben lebendig genießen, tanzen und Musik hören, lesen und seine Liebsten in der Familie treffen.

Claus war einer der ganz wenigen, besonderen Menschen in den sozialen und politischen Bewegungen der letzten 70 Jahre, denen es immer um den Inhalt und die betroffenen Menschen gegangen ist. So wie seinem Freund und Weggefährten Martin Löwenberg (1925–2018). Kurz vor seinem 80. Geburtstag hat Claus einem Journalisten erklärt: »Revolution mit 80 macht Spaß!«

Bis zuletzt hat Claus Pläne gemacht, Aktionen vorbereitet, hat gelitten unter der Selbstzerstörung und dem Versagen der Linken, hat sich trotzdem und vor allem auf die Tage mit seinen Enkelkindern gefreut, auf seinen nächsten Urlaub mit Monika auf seiner Sehnsuchtsinsel Kreta (die einzig wirklichen Auszeiten von Telefon, Straße und Versammlungszimmern, die er und Monika sich seit Jahrzehnten gegönnt haben). Wir alle wollten uns bald treffen, um uns über diese schrecklichen Zeiten und das Versagen der Linken auszutauschen, auch um uns nicht dumm machen zu lassen von den herrschenden Verhältnissen. Und Claus hat sich gemeinsam mit uns auf die Utopia-2.0-Konzerte im November gefreut.

In der Nacht zum 24. August 2023 ist Claus völlig unerwartet verstorben. Seine geliebte Monika war bei ihm. Claus ist tot (3. Juni 1938 bis 24. August 2023). In unseren Erinnerungen, Diskussionen und Gedanken wird uns Claus weiter begleiten, wir werden im Gespräch bleiben.

Wohin



<https://dfg-vk-bayern.de/bericht-friedenspolitische-tagung-2023-in-nuernberg/>
 dort finden sich die Videoaufzeichnungen der Vorträge der Tagung

Friedensfahrradtour der DFG-VK Bayern

Auf Achse für Frieden und Abrüstung und ein ziviles Europa - Friedensfahrradtour 2023, im August von Ingolstadt nach Lindau. Fazit: Wenig baden, viel duschen. Hier der Bericht: <https://dfg-vk-bayern.de/bericht-ueber-die-friedensfahrradtour-2023/>

Darin: Link auf den Vortrag von Andreas Zumach in Kaufbeuren am 1.8.

Rede von Thomas Rödl am 5.8.2023 bei der Hiroshima-Gedenkveranstaltung der DFG-VK in Lindau, Hier auf youtube:

<https://www.youtube.com/watch?v=Kpiag6jDaM8>

hier das Manuskript, mit etlichen Abweichungen vom gesprochenen Text,

<https://dfg-vk-bayern.de/wp-content/uploads/2023/08/Hiroshima-Lindau-5-8-23-Thomas-Roedl.pdf>



Gefallene Engel, die aus der Hölle kommen

Bundeskanzler Scholz belebte den Wahlkampf der SPD in Bayern. In seiner Rede am 18. August 2023 am Marienplatz im Laufe der Rede sagte Scholz an die Bürger gewandt, die für Waffenstillstand und Verhandlungen im Ukrainekrieg eintreten: „Und die, die hier mit Friedenstauben rumlaufen, sind deshalb vielleicht gefallene Engel, die aus der Hölle kommen, weil sie letztendlich einem Kriegstreiber das Wort reden.“



In einer Pressemitteilung kritisieren Sie als Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG–VK) Diffamierungen des Bundeskanzlers bei einer Veranstaltung in München vergangene Woche. Interview mit Julian Mühlfellner.

Was war passiert?

Herr Scholz trat im Rahmen einer Wahlkampfveranstaltung der SPD Bayern am Münchner Marienplatz auf. Dabei hat er auch über den Ukraine-Krieg gesprochen und Kritiker des Kriegskurses der Bundesregierung als „gefallene Engel aus der Hölle“ bezeichnet und diffamiert.

Darüber hinaus kritisieren Sie den willkürlichen Ausschluss Protestierender von der Veranstaltung.

Es gab auf dem Marienplatz einen abgeäuzten Bereich, der vermutlich zum Ziel hatte, Protestierende von der Bühne fernzuhalten. Wir, eine Gruppe von Leuten aus dem Münchner Friedensbündnis, hatten versucht dort reinzukommen. Unter anderem mit zwei Bannern, die auf ca. 1,80 Meter langen Stielen befestigt waren. Der Einlass wurde uns deswegen verweigert. Auf Nachfrage wurde uns auch keine Einsicht in die Versammlungsaufgaben gewährt, um herauszufinden auf welcher Basis dies passierte. Im weiteren Verlauf des Abends konnten wir beobachten, dass andere Personen etwa mit ukrainischen Nationalflaggen oder SPD-Flaggen problemlos Einlass bekamen. Auch einem Herrn mit einem ca. drei Meter hohen Speer mit religiösen Symbolen wurde der Zutritt gewährt. Da uns niemand die weiteren Gründe für den Ausschluss erklären konnte, wandte ich mich an Florian von Brunn, den Spitzenkandidaten der SPD zu den bayerischen Landtagswahlen. Dieser entgegnete nur, dass wir doch klagen sollten.

Wie ordnen Sie die Äußerungen von Bundeskanzler Scholz ein?

Das ist nicht ganz leicht, da ich zunächst überrascht war, diese Art Rhetorik von Herrn Scholz zu hören. Wenn es um die Rhetorik zum Ukraine-Krieg geht, da hat sich wenig geändert. Die Diffamierung allerdings von Kritiker*innen hier in Deutschland die hat sich doch sehr verschärft.

Kleiner Aufwand, große Wirkung

Mit ein paar Transparenten und Fahnen wollten etliche FriedensfreundInnen, auch aus der DFG-VK München, die Sozialdemokraten an den Friedensgedanken erinnern. Ein jemand hatte sich als Friedenstaube kostümiert und war in den exklusiven Bereich vor der Bühne eingedrungen. Der Vorfall wurde überregional von den Medien aufgegriffen

Der Auftritt des Bundeskanzlers ist in Ausschnitten in dem FAZ-Video zu sehen:

<https://piped.kavin.rocks/watch?v=3OWzY8mWAYQ>

Aus einem Kommentar von Tobias Riegel:

(Auszug)

Der Auftritt von Scholz ist einem Bundeskanzler völlig unangemessen. Die inakzeptable Beleidigung von Andersdenkenden ist nicht neu, aber sie ist immer wieder scharf zurückzuweisen. All die Phrasen vom demokratischen Meinungskampf werden durch solche Äußerungen noch hohler. Denn die Bundesregierung ist in der politischen Auseinandersetzung massiv bevorzugt: Sie verfügt über zahlreiche eigene Kanäle der Meinungsmache. Gleichzeitig verstehen sich weite Teile der hiesigen Medienlandschaft nicht mehr als Prüfstein für die Regierungspolitik, sondern als deren Verteidigungsring gegen den Unmut in der Bevölkerung.

Andersdenkende Bürger dagegen haben diese Kanäle und die folgsamen Journalisten nicht. Der Protest bei Veranstaltungen der Bundesregierung ist eine der ganz wenigen medienwirksamen Formen, mit denen Bürger Aufmerksamkeit für ihre Anliegen erzeugen können. Das ist legitim.

„Entgleisung“ ist eigentlich nicht der richtige Begriff für den Scholz-Auftritt: Die Szene war ein (meiner unbelegten Vermutung nach) kalkulierter und geprobter „Wutausbruch“. Solche (meiner Vermutung nach) mit dem eigenen Pressestab abgestimmten „Wutausbrüche“ gehören zum Werkzeugkasten vieler Politiker. Im konkreten Fall aber empfinde ich das Stilmittel als besonders verstörend und vergiftend. Die vom Kanzler gewählte Form, um Kritiker massiv zu diffamieren, geht noch über bisherige (bereits inakzeptable) Beleidigungen von Kritikern der Kriegsverlängerung etwa als „Lumpenpazifisten“ hinaus. ...

4 Fortsetzung Interview mit Julian Mühlfellner

Uns wurde ja bereits vorgeworfen, wir seien Lumpenpazifisten oder die fünfte Kolonne Moskaus. Aber solch eine pseudo-religiöse Beleidigung aus dem Mund eines Bundeskanzlers zu hören, übersteigt die bisherigen Diffamierungen deutlich.

Es fügt sich allerdings in das Gesamtbild der Kriegspropaganda, ein Feindbild aufzubauen, dass dem eigenen Ideal gegenübergestellt wird. Das passiert nicht nur im Ausland, sondern auch im Inland, wo sämtliche Kritiker*innen der Bundesregierung mit ihrem Kriegskurs als Feindbild aufgebaut werden. Dabei werden auch alle möglichen Kritiker*innen aus verschiedensten politischen Richtungen in einen Topf geworfen und mit Rechtspopulist*innen oder Verschwörungstheoretiker*innen gleichgesetzt. Klar waren auch solche Leute anwesend, allerdings hatten diese mit uns nichts zu tun. Nur weil mehrere Gruppen Kritik an der Bundesregierung üben, sollten diese nicht in einen Topf geworfen werden.

Was halten Sie dieser Gleichsetzung entgegen?

Abgrenzung gegenüber anderen politischen Gruppen und Forderungen, die mit uns in Verbindung gebracht werden, obwohl wir mit ihnen nicht einverstanden sind, ist für uns in München immer wieder ein Thema. Viel interessanter als das Mittel der Abgrenzung ist für uns allerdings, eigene Lösungsansätze und Forderungen zu bieten, um klarzumachen, wofür wir stehen. Eine der Forderungen unseres Landesverbands ist es, generell Grenzen für Geflüchtete zu öffnen. Das schließt auch Kriegsdienstgegner*innen und Deserteur*innen aus Russland, der Ukraine und Belarus mit ein. Durch solche Forderungen ist sichergestellt, dass die AfD hier gar nicht erst auf unseren Protest aufspringt, da er komplett konträr zur Ideologie der AfD steht. Das ist unsere Strategie, um Leute anzusprechen, die den Kriegskurs der Bundesregierung kritisieren. Herrn Scholz kann man schwer zur Einsicht bringen, da er sich offensichtlich nicht die Mühe macht, sich mit den Positionen seiner Kritiker*innen im Einzelnen auseinanderzusetzen. Hier können wir nur über die Presse und die Öffentlichkeit Kritik üben.

Welche Chancen rechnet sich die SPD ihrer Einordnung nach mit solchen Äußerungen bei der kommenden Wahl aus?

Die Chancen der SPD werden generell eher gering eingeschätzt bei dieser Landtagswahl. Ich denke, der Kanzler hat damit gerechnet, dass er bei so einer Wahlkampfveranstaltung auf viel Widerstand stoßen wird. Das war ja andernorts bereits ähnlich. Daher dürfte er mit dieser Energie bereits auf die Bühne gegangen sein. Ob dieser Bezug zur Bundespolitik der SPD im Freistaat eher hilft oder schadet, ist schwer zu beurteilen. Unser Eindruck ist allerdings, dass sich bei dieser Veranstaltung sehr viel Wut entladen hat, die ohne den Kanzlerbesuch sich vermutlich nicht geäußert hätte.



Werbung für die Antikriegsdemo in Berlin am 25.11.2023



Bild links: Mahnwache gegen den Krieg, von Januar bis Juli 2023 wöchentlich durchgeführt vom Münchner Friedensbündnis, an der Münchner Michaelskirche.

Bild unten: Ansprache von Josef Bernhardt bei der Kundgebung zum Antikriegstag 1.9.2023 in Schweinfurt



Antikriegstag Schweinfurt

Der 1. September ist der Jahrestag des Überfalls der deutschen Wehrmacht auf Polen 1939. Teile der Gewerkschaften und der Friedensbewegung begehen diesen traditionellen Gedenktag mit Kundgebungen und Veranstaltungen.

1. Sept. 15.00 Uhr auf dem unteren Marktplatz, Infostände, Nähe Rathaus und ab 18.00 Uhr Referent spricht in der Disharmonie siehe extra Flyer



Nie wieder Krieg – alle Kriege jetzt stoppen - verhandeln

- der von der Bundesregierung unterstützt wird
- der für die Waffenlobby große Gewinne abwirft
- der für die NATO erhalten und angefeuert wird
- der die Ukraine zu einem großen Friedhof macht

Russland muss ein Angebot unterbreitet werden, dass es nicht ablehnen kann. Zum Beispiel: NATO aus dem Grenzgebiet zu Russland abziehen, keine Manöver in der Nähe der Grenze, keine weitere Provokation.

Diplomatie soll wieder in den Vordergrund gestellt werden

Die Provokationen der USA an den Grenzen zu Nordkorea einstellen, Taiwan ist ein eigenständiges Land und die Großmächte haben keine bevorzugten Rechte an diesem Land. Kriegsgefahr bannen, Atomkrieg verhindern.

Abrüstung – nicht Aufrüstung ist das Gebot der Stunde

Diesen Aufruf unterstützen mehrere Organisationen, Parteien und Gruppen. Sie sind unter dem Namen „Friedensratschlag Schweinfurt“ gebündelt

ps: An den Infoständen sind nur gemeldete Gruppen und Parteien akzeptiert

V.i.S.P.: Bernhart Josef, DFG-VK Schweinfurt

Pressemitteilung

Antikriegstag am 1. Sept. in Cham

Am Antikriegstag 1. September wird auch in Cham wieder der Opfer von kriegerischen Auseinandersetzungen und Gewalt gedacht und ein Zeichen für Frieden und Versöhnung soll ausgesendet werden.

Leider erfordert die aktuelle Weltlage mehr denn je den Einsatz für Frieden. Nicht nur beim Krieg in der Ukraine, sondern auch bei mehreren anderen Kriegs- und Krisenherden in der Welt wird viel Leid und Tod verursacht

Die Friedensinitiative Cham will gemeinsam mit dem Bündnis für Toleranz und Menschenrechte nicht müde werden, sich für Frieden vor unserer Haustüre und weltweit einzusetzen.

Deshalb wird wieder zu m Antikriegstag 2023 in Cham eingeladen.

Beginn ist um 18:00 Uhr am Platz der Menschlichkeit in Cham (neben der Stadtbücherei).

Marian Janka, für die Friedensinitiative Cham und das Bündnis für Toleranz und Menschenrechte im Landkreis Cham

1. September – Antikriegstag – Schweinfurt:

Es gab Infostände der DFG-VK (Organisation), DKP und MLDP am Marktplatz in Schweinfurt. Mehrere Redebeiträge und Statement kamen von u.a. Josef, DFG-VK Schweinfurt und Martina als Mitglied der DFG-VK Würzburg und Attac Würzburg

Etwa 25-30 Personen besuchten die Kundgebung. Die Presse war eingeladen und zeigte kein Interesse an der Kundgebung am Marktplatz, war jedoch am Abend zugegen bei dem Vortrag mit dem DGB-Bundesvorstandssekretär Konrad Klingenburg.

<https://unterfranken.dgb.de/termine/++co++e5505966-26cb-11ee-8de6-001a4a160123>

In einer anschließenden Diskussion wurden unterschiedliche Positionen zur Friedensarbeit vertreten.

Pazifistische und antimilitaristische Positionen haben mehrere DFG-VK-Mitglieder vorgetragen, es gab Medienkritik (zu viel kriegstreibende Berichterstattung bis hin zur Abwesenheit der etablierten Presse bei örtlichen Friedensveranstaltungen) und die Möglichkeiten und Grenzen der Gewerkschaft wurden thematisiert.

Etwa 40 Personen besuchten die Abendveranstaltung

Pressebericht der Main-Post auf S. 6

AM FREITAG, 1. SEPTEMBER 2023, 18:00 UHR

MAHNWACHE ZUM ANTIKRIEGSTAG

PLATZ DER MENSCHLICHKEIT, CHAM

BÜNDNIS FÜR TOLERANZ UND MENSCHENRECHTE IM LANDKREIS CHAM CHAM GEGEN RECHTS

Friedensinitiative Cham

cham-gegen-rechts.de

SCHWEINFURT

Bericht über die Veranstaltung in Schweinfurt, Mainpost 4.9.2023

DGB-Bundesvorstandssekretär Konrad Klingenburg debattiert über Kriege und Konflikte



Foto: Natalia Mleccko | DGB-Bundesvorstandssekretär Konrad Klingenburg (rechts) debattiert mit DGB-Kreisverbandsvorsitzenden Martin Schmidl und den Gästen in der Disharmonie über Kriege und Konflikte.



Von Natalia Mleccko

04.09.2023 | aktualisiert: 09.09.2023 03:00 Uhr

Von Natalia Mleccko

Im siebten Jahr in Folge begrüßte der DGB-Kreisverbandsvorsitzende Martin Schmidl die Gäste zum Antikriegstag. Zusammen mit der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner/Innen (DFG-VK) organisiert der DGB-Kreisverband Schweinfurt die Veranstaltung in der Schweinfurter Disharmonie.

Der Antikriegstag erinnert an den Überfall Nazideutschlands auf Polen im Jahr 1939. „Es ist wichtig, dass wir diesen Tag in Erinnerung behalten“, so Schmidl am Anfang seiner Rede. Doch die Lage heutzutage sehe düster aus. Der Überfall Russlands auf die Ukraine rücke viele weitere Konflikte in den Hintergrund. „Hoffnung auf Besserung“, sah DGB-Kreisverbandsvorsitzende aktuell nicht. Der Krieg in der Ukraine entwickle sich aktuell zu einem „Abnutzungskrieg“, so Schmidl. Er zog den historischen Vergleich mit dem Vietnam-Krieg und dem Korea-Krieg. Der Ruf nach „mehr Waffenlieferungen“, wird wie damals im Vietnam und in Korea immer lauter. Eine „Diskursverschiebung“ finde statt.

Der DGB-Bundesvorstandssekretär und Friedensforscher Konrad Klingenburg appellierte, den Blick zu weiten. Der DGB-Mann berichtete, wie selbst im DGB die Meinung auseinandergehen, wie der Umgang mit dem Krieg in der Ukraine stattfinden soll. Die Debatte außerhalb der Dachorganisation beunruhige ihn. „Eine Militarisierung des Denkens und Redens“ vollziehe sich. „Die Debatte auf militärische Systeme, ist nicht die Debatte, die wir eigentlich führen sollten“, so der Friedensforscher zum Publikum.

Verrohung verhindern

Doch Klingenburg sah noch andere Herausforderungen: Die Zusammenarbeit in alten Bündnissen funktioniere nicht mehr so richtig. „Die Verrohung und das aufeinander Einschlagen sollten wir verhindern“, mahnte der DGB-Mann. „Extreme Wetterereignisse, der Hunger, Fluchtbewegungen – all dies kann man nicht mit Panzern verhindert werden.“ Sicherheit müsse viel weiter gefasst werden nach seiner Auffassung. Ökologie, soziale Gerechtigkeit, fairer Handel, resiliente Lieferketten und die Wirtschaft – all das habe eine Bedeutung für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Hierfür brauche es klare Positionen. „Verteidigungsfragen müssen neu gedacht werden.“

Der Investitionsbedarf ist hoch. Hierbei sah er die „Verteilungsfrage als zentralen Punkt an“. Dies müsse in den nächsten Jahren geklärt werden. „Vermögende müssen mehr Verantwortung übernehmen“, so Klingenburg am Ende seiner Einschätzung zur Lage.

Im Anschluss zur Veranstaltung wurde lebhaft mit den Gästen diskutiert. Knapp 40 Personen hatten an diesem Abend den Weg zur Disharmonie zum Antikriegstag gefunden.

Antikriegstag 2023 in Augsburg

**Die Welt braucht
Frieden!**



**Kundgebung zum
Antikriegstag 2023**

Freitag, 1. September, 18:00 Uhr, Moritzplatz

Wir bitten, bei der Kundgebung auf Nationalflaggen und -symbole zu verzichten

Unterstützer:

Augsburger Friedensinitiative (AFI), Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Antikriegstag Augsburg Bericht von Klaus Stampfer

In Augsburg fand am 1. September 2023 auf dem Moritzplatz die diesjährige Antikriegskundgebung statt. Von 18 bis 19 Uhr wurden Reden von Vertretern von Pax christi, Augsburger Friedensinitiative (AFI) und Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Offenes Antifaschistisches Treffen (OAT), Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der AntifaschistInnen (VVN-BdA), DKP, Mennonitengemeinde und SoliNet Augsburg gehalten. Gerda trug mit Friedensliedern zum Kulturprogramm bei.

Inhalte der Reden waren u.a., dass die sich Befürchtungen, dass die Waffenlieferungen an die Ukraine den Krieg und damit das Töten und Zerstören nicht beenden, sondern weiter verlängern, leider bewahrheitet haben. Die Eskalationsspirale mit der Lieferung immer schwererer Waffen und damit die Gefahr eines europaweiten Krieges drehe sich weiter. Es sei ein Irrglaube, dass Waffenlieferungen zu einem schnellen Ende des Krieges führen.

Nur mit Diplomatie und Verhandlungen kann der Krieg, das Töten und Zerstören beendet werden. Die massive Aufrüstung wurde ebenso kritisiert wie die damit verbundene Verschwendung der für die Lösung der sozialen und ökologischen Probleme benötigten finanziellen Mittel und die Profitinteressen der Rüstungsindustrie.

Positiv bewertet wurde, dass sich auch Organisationen wie die OAT und SoliNet, in denen hauptsächlich junge Menschen organisiert sind, an der Kundgebung zum Antikriegstag beteiligten. Mit ca. 87 Teilnehmenden war die Zahl der Anwesenden auf dem gleichen Niveau wie in den letzten beiden Jahren. Die Reden sind alle in dem Youtube-Video <https://youtu.be/Gj6lhXBju0Y> enthalten.



8 Antikriegs- Veranstaltung in Ingolstadt

Bericht im Donaukurier v. 4.9.2023 über den Vortrag von Julian Mühlfellner zum Thema soziale Verteidigung. Im Bild links neben Eva Bulling-Schröter, Friedensbewegung Ingolstadt. Die Friedensbewegung Region 10 und die DFG-VK Gruppe Ingolstadt haben die Diskussionsveranstaltung organisiert.

Aus dem Projekt „Soziale Verteidigung im Schulunterricht“, des HMV-Bildungswerkes ist bisher ein Vortrag entstanden, den Julian Mühlfellner am Antikriegstag 2023 in Ingolstadt und auf der Friedenspolitischen Tagung 2023 in Nürnberg präsentiert hat. Der Vortrag umfasst die Grundlagen der Sozialen Verteidigung sowie aktuelle Bezüge zum Ukraine-Krieg und ist auf Anfrage verfügbar. Manuskripte und weitere Infos zum Thema: <http://www.h-m-v-bildungswerk.de/index.php?ID=2>
: <https://dfg-vk-bayern.de/themensammlung-ukraine-krieg/>

Appell an die Vernunft statt Waffengewalt

Antikriegstag in Ingolstadt: Experte spricht über Soziale Verteidigung

Von Michael Brandl

Ingolstadt – Aktuell erschüttern mehr als 30 Kriege und bewaffnete Konflikte die Welt. Sie gewaltfrei beizulegen und Frieden ohne Waffen zu schaffen ist Hauptanliegen der DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegnerinnen und Gegner).

Anlässlich des Antikriegstages am vergangenen Freitag sprach Julian Mühlfellner, Mitarbeiter der DFG-VK Landesgeschäftsstelle in München und des Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerkes, in Ingolstadt zum Thema „Frieden schaffen – gewaltfrei aber nicht wehrlos“. In den Mittelpunkt seines Vortrags stellte er das Konzept der Sozialen Verteidigung. Es sieht vor, sich im Kriegsfall dem Entzug der Lebensgrundlagen und Strukturen der zivilen Gesellschaft dem Angreifer gegenüber gewaltfrei zu widersetzen. Doch ist das wirklich eine durchsetz-

bare Alternative zur militärischen Lösung eines Konflikts? Und mit welchen Konsequenzen ist sie behaftet? Über diese und andere Fragen entspann sich nach dem Vortrag ein tiefgehender und reflektierender Meinungsaustausch unter den rund zwei Dutzend Zuhörerinnen und Zuhörern im Nebenraum des Gasthofs Zum Anker. Unter anderem mit dem Ergebnis, dass Soziale Verteidigung abhängig ist vom Aussehen der Gesellschaft. Ebenso

„Eine ultimative Theorie gibt es nicht.“

Julian Mühlfellner, DFG-VK

spielten offenbar politische Strukturen eine Rolle, lautete ein Ergebnis der Diskussion.

Für Soziale Verteidigung gibt es durchaus historische Beispiele, wie Mühlfellner berichtete. Er nannte unter anderem den Ruhrkampf und den Prager Frühling. Forschungen der beiden US-Wissenschaftlerinnen Erika Chenoweth und Maria J. Stephan, die sich auf den Zeitraum zwischen 1900 und 2006 beziehen und denen 300 Konflikte und Kriegsfälle zugrunde liegen, hätten erge-

ben, dass gewaltfreie Revolutionen etwa in Afrika, Amerika und Europa häufiger erfolgreich gewesen seien als bewaffnete. Zuletzt schien das Wissen über das argumentative Instrument gegen Militarismus jedoch in Vergessenheit geraten zu sein, so Mühlfellner. Seit Beginn des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine sei das wieder anders, sagte er. Das

Konzept sieht demnach vor, einen Appell an die Vernunft und Menschlichkeit des Angreifers zu richten. Dies mit dem Ziel ihn zu Verhandlungen zu bewegen und somit Zerstörung zu verhindern. Dabei gehe es auch darum, Überschneidungen von Interessen zu finden, erklärte er. „Eine ultimative Theorie gibt es aber nicht“, so Mühlfellner. Weitge-

hend einig war man sich darüber, dass die gewaltfreie Konfliktlösung bereits im Kindesalter Thema in Familien und Schulen sein sollte. Hilfreich könnte hier Empathie als Unterrichtsfach sein, hieß es. Weiter wurde die Frage erörtert, inwieweit Darstellungen von Kriegsgewalt und Computerspiele Kinder und Jugendliche negativ beeinflussen könnten. Hierüber gingen die Meinungen auseinander.

In ihrer Begrüßung kritisierte Eva Bulling-Schröter (Die Linke), dass Deutschland vor dem Hintergrund des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine in der Ukraine 100 Milliarden Euro für zusätzliche Rüstung genehmigt habe. Sie sah darin eine zunehmende Militarisierung der Gesellschaft als Folge dieses Kriegs. Gleichzeitig werde über Streichung von Sozialleistungen gesprochen, bemerkte sie. Sie rief außerdem dazu auf, ein Zeichen für Soziale Verteidigung zu setzen und auf die Unterdrückung von Frauenrechten im Iran aufmerksam zu machen sowie Solidarität mit den Iranerinnen zu bekunden. DK



Den Gegner mit Argumenten schlagen: Julian Mühlfellner sprach vor Friedensaktivisten über Soziale Verteidigung. Foto: Brandl

Liebe Friedenfreund*innen,

Zuschrift von Katharina

als ziemlich junges Mitglied der Bewegung (bin erst seit ca. 5 Jahren dabei) stehe ich zwar der aktuellen Aufrüstung und der Glorifizierung von Krieg von Anfang an sehr kritisch gegenüber, sehe aber gleichzeitig Waffenlieferungen an die Ukraine als „Notlösung“ (nicht vergleichbar mit Deutschlands regulären Exporten an z.B. Ägypten, die ich komplett ablehne). Ich denke, das geht einigen Menschen gerade so und um diese zu erreichen, fände ich eine **Verbreitung des Konzepts der sozialen Verteidigung** wichtig. Das könnte ein alternativer Vorschlag zu Waffenexporten an die Ukraine sein, der bisher in der Diskussion wenig angesprochen wird. „Kriegshandlungen einstellen“, „Waffenlieferungen verlängern Krieg“, „aufgeben“, „verhandeln“ kann man alles in die Ecke „naiver Pazifismus“ schieben.

Wenn Sprecher*innen des Pazifismus und der Antimilitär-Bewegung solche als **„naiv“ abstempelbaren Äußerungen vermeiden** und z.B. gar nicht auf ihre Position zu NATO / Waffenexporten / „zum Krieg gehören zwei“ etc. eingehen, sondern sich auf die Verbreitung erfolgreicher Beispiele sozialer Verteidigung konzentrieren, würde das vermutlich mehr Menschen erreichen und mehr zur aktuellen Diskussion beitragen. Der untenstehende Newsletter beispielsweise hat mich zwar ein bisschen zum Nachdenken gebracht („wofür kämpft die Ukraine eigentlich?“ - ihre Souveränität), aber alles andere war mir schon klar und hat mich eher in der Annahme bestärkt, dass die Friedensbewegung keine „echte“ Alternative bieten kann. Nur weil ich zufällig (vielleicht weil ich gerade Roseberg lese) auf den Link zu „sozialer Verteidigung“ geklickt habe, hat sich meine Meinung etwas geändert. Ich gehe aber davon aus, dass viele Leser*innen gar keine Links anschauen.

Eine alternative Politik gefordert

DEMO Ukrainekrieg stand im Mittelpunkt einer Veranstaltung aus Anlass des Antikriegstags.

ERLANGEN - Anlässlich des Antikriegstages am 1. September (1939) hatten sich gut zwei Dutzend Mitglieder des Erlanger Bündnisses für den Frieden (EBF) und Gewerkschafter am Hugenottenplatz zu einer kleinen Kundgebung sowie einem anschließenden Umzug zu einer thematisch gekoppelten Vortragsveranstaltung im evangelischen Familienzentrum in der Bismarckstraße eingefunden.

Dort sprachen sich Mario Bock vom EBF und Petra Rothe vom Deutschen Gewerkschaftsbund Erlangen gegen die deutsche Unterstützung der Ukraine im Krieg aus und forderten eine alternative Politik: „Haben Sie den Mut, mehr Diplomatie zu wagen“, appellierte Petra Rothe an Bundeskanzler Olaf Scholz.

Propaganda auf dem Kirchentag

Olaf Maiwald von der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG/VK) verurteilte im Gespräch den Bellizismus in der (fast gesamten) deutschen Politik und erinnerte daran, dass Bundespräsident Frank Walter Steinmeier sogar den Evangelischen Kirchentag für Kriegspropaganda genutzt habe.

Es werde zudem nicht eingestanden, dass die USA in den fast zwei Jahrzehnten vor dem allerdings unleugbaren russischen Überfall auf die Ukraine „sämtliche Abrüstungsverträge in die Tonne getreten haben“ und alle Warnungen des russischen Autokraten Wladimir Putin vor einer Einschnürung Russlands ignoriert worden seien - „hier wäre noch Zeit für Diplomatie gewesen“.

Bei der Vortragsveranstaltung machte sich der Erlanger Historiker Daniel Stahl Gedanken zum Thema „Rüstungsdebatten und die Rolle der Arbeiterbewegung im Vorfeld den beiden Weltkriege“, aber auch heute seien zumindest die in der Rüstungsindustrie beschäftigten Teile der Arbeiterschaft (wie ihre Gewerkschaft) in einer zwiespältigen Position.

PETER MILLIAN



Foto: Harald Sippel

Aus Anlass des Antikriegstags fand am Freitag eine Kundgebung am Hugenottenplatz sowie im Anschluss daran ein Demonstrationszug statt.

Artikel hier im Querformat, wegen Lesbarkeit bitte evtl Einzoomen!

Quelle S. 8:

<https://www.donaukurier.de/lokales/ingolstadt/appell-an-die-vernunft-statt-waffengewalt-experte-spricht-ueber-soziale-verteidigung-14251415>

Bericht über das Arbeitstreffen der Kampagne Atomwaffen abschaffen

in Salecina, Graubünden, von Willi Rester, DFG-VK Oberpfalz

Gespannt entspannt

Bericht des Seminars "atomwaffenfrei jetzt" vom 2.-7. September 2023 im Bildungs- und Ferienhaus Salecina, Maloja, Graubünden, Schweiz.



Das Ende der Atombomben begann in der Schweiz. Wo sonst? Daß der Auslöser das Seminar der Kampagne "atomwaffenfrei jetzt" in Salecina, Graubünden, sein wird, da waren sich alle Teilnehmer einig. Jetzt galt es nur noch, den letzten Schritt zu organisieren: die Atomkräfte von den Ansichten der Pazifisten zu überzeugen. Angesichts der grandiosen Bergkulisse sollte das nicht allzu schwierig sein.

Mit fünf Scheiben mehr Realität sehen die Atombomben zwar nach wie vor brandgefährlich aus, aber lassen wir den Teilnehmern des Seminars "Atomwaffenfrei und internationale Vernetzung" wenigstens im Eingangsabsatz etwas Enthusiasmus. Realitätsblind sind sie ja nicht.



Die deutsche Kampagne "Büchel ist überall - atomwaffenfrei jetzt" hatte in das Ferien- und Bildungshaus "Salecina" am Rande von Maloja, CH, eingeladen. Zum einem sollten einzelne Aspekte der Kampagne diskutiert werden, die vom Atomwaffenverbotsvertrag über geschlechtsspezifische Gesundheitsgefahren der atomaren Strahlung bis zur nuklearen Teilhabe reichten. Auch ein Kennenlernen der Akteure der Kampagne in Präsenz und Videozuschaltung war als Grundlage einer europäischen Vernetzung beabsichtigt. Und nicht zuletzt, wenn man schon mal hier ist: das Programm war so gestrickt, dass auch genügend Zeit blieb für Bergwandern, Spaziergänge und Ortsbesichtigungen.

Da bei der Konzeption des Seminars auch eine Teilnahme von Aktivisten aus Italien und Österreich geplant wurde, war ein Seminarort in der Schweiz gar nicht abwegig. Das bedingt zwar eine lange Anreise und nur bei mehrtägigen Seminaren sinnvoll. Allerdings ist persönliches Kennenlernen für eine Vernetzung nur sehr bedingt durch Online-Zuschaltung zu ersetzen.

Beim ca. 20minütigen Spaziergang von der Busstation zum Ferien- und Bildungszentrum Salecina konnte ich die Speisekarten der Restaurants in Maloja inspizieren. Bei 39 Franken für ein Wiener Schnitzel rutschte mir der Geldbeutel ein ganzes Stück tiefer in die Hose. Allerdings hat Salecina ein Konzept, das die Kosten für Übernachtung und Verpflegung auf ca. 60 Franken senkt: die anwesenden Gäste beteiligen sich an den Arbeiten zur Verpflegung und Reinigung des Hauses. Damit waren die Gesamtkosten nicht höher als bei einem Seminar im Bayerischen Wald. Bei der abendlichen "Koordination" werden die Aufgaben verteilt: viele Hände machen viele kleine Tätigkeiten, so ist die Belastung für die einzelnen auch nicht hoch. Und man kommt zwangsläufig mit den anderen Gästen des Hauses ins Gespräch - und lernt sie kennen!



Fortsetzung auf S. 11

Zum Semiar

Das Seminar fand Hybrid statt, was sowohl die ReferentInnen als auch die TeilnehmerInnen betraf. Eine Zusammenstellung der Themen findet sich am Ende des Berichts.



Der Sonntag begann mit drei Präsenzvorträgen, wobei Andreas Zumach auch in der Schweiz bekannt genug war, dass 4 Gäste des Hauses spontan beschlossen, diesen Tag am Friedensseminar zu verbringen. Aber auch Anja Gada von der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) beeindruckte mit ihrer tiefen Schilderung der Schweizer Friedensszene und der Aufrüstung in der Schweiz. Roland Blach rundete mit einem historischen Rückblick den Nachmittag ab. Es blieb noch genug Zeit für eine kurze Wanderung zum Cavloc-See.

Der Montag und Dienstag waren vom Programm luftiger bestückt, so dass auch eine Führung durch Maloja und eine Busfahrt den Maloja-Pass hinunter samt Wanderung nach Saglio möglich war. Am Mittwoch stand erst am Nachmittag das Vernetzungstreffen statt, zu dem online TeilnehmerInnen aus Finnland, Belgien, Niederlande, Deutschland und der Schweiz zugeschaltet waren. Das machte zwar die Diskussion auf Englisch nötig, bei der eine Flüsterübersetzung nur teilweise möglich war. Dennoch war die Zielrichtung der weiteren Kampagnenarbeit allen verständlich.



Und natürlich spricht alles für ein weiteres Seminar in Salecina in 2024. Und da auch gerne mit neuen TeilnehmerInnen.

Hier die erwähnte Programmübersicht:

So. 3. September

Andreas Zumach (live): „Ukrainekrieg und Atomwaffen – Mythen, Lügen und verschärfte Bedrohungen“
 Anja Gada (GSoA) (live): „Möglichkeiten und Aktivitäten der Friedensbewegung in der Schweiz“
 Roland Blach (live) „Der lange Atem zählt. 6 Jahre nach Beschluss des Atomwaffenverbotsvertrages“

Mo. 4. September

Regina Hagen: „Nukleare Rüstungskontrolle - ein Auslaufmodell?“
 Heidemarie Dann: "Die Atomtests im Pazifik und deren unterschiedlichen geschlechtsspezifischen Auswirkungen der radioaktiven Strahlung - aufgezeigt anhand der Arbeiten von Mary Olsen“

Di. 5. September

Angelika Claußen: „Nukleare Teilhabe: mit welchen Konfliktlinien sind wir konfrontiert?“

Mi. 6. September

Videokonferenz zur internationalen Vernetzung mit Aktivist*innen von den Atomwaffen-Stationierungsorten und Ausblick auf mögliche gemeinsame Aktivitäten. Mit:

- Marion Küpker, Kampagne „Büchel ist überall! – Atomwaffenfrei jetzt!“
- Anja Gada, politische Sekretärin der „Gruppe Schweiz ohne Armee“
- Kati Juva, Co-Präsidentin von IPPNW und ICAN Finnland-Koordinatorin
- Chuck Johnson, Policy Director IPPNW IPPNW Geneva Liaison Office
- Marianne Begemann, Niederlande, europ. Vizepräsidentin von IPPNW
- Angelika Claußen, Co-Vorsitzende IPPNW, Präsidentin IPPNW Europa
- Ludo De Brabander, Vrede-Belgien, (Aktivist in Kleine Brogel u.a.)
- Frits ter Kuile, NL, (Aktivist in Volkel)
- Heidi Kassai, Florenz (Kampagne Atomwaffenfrei)
- Ariane Dettloff (Aktivistin in Büchel)

Friedensfahrradtour atomwaffenfrei – eine geglückte Aktion



Wenn zwei wichtige Gerichte zwar nur 80 km auseinanderliegen, aber partout am Wochenende persönlich keine Beschwerden annehmen – was tun? Für die Initiatoren, der Kampagne „Atomwaffenfrei jetzt“ kein Problem. Vertreibt sich die Friedensbewegung die Zeit eben mit einer Fahrradtour, um die badische und elsässische Bevölkerung über die Gefahren von Atombomben aufzuklären. Die 1. Friedensfahrradtour atomwaffenfrei nahm ihren Lauf.

Bekanntermaßen lagern etwa zwanzig US-amerikanischen Atombomben auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel (Eifel). Friedensbewegte sahen sich immer wieder genötigt, zu dem Mittel des Zivilen Ungehorsams zu greifen. Ihre Go-In-Aktionen stehen in direktem Zusammenhang mit den Verfassungsbeschwerden. Die Beschwerdeführenden hatten gegen ihre Verurteilungen Verfassungsbeschwerden eingelegt, u.a. da die Vorgerichte die Kriterien des Rechtfertigenden Notstands (§ 34 StGB) und die Argumentationen zur Völkerrechtswidrigkeit der Atomwaffenstationierung nicht hinreichend geprüft hätten.



Zwar hatte das Bundesverfassungsgericht noch nie eine der Beschwerden zur Behandlung angenommen. Das hinderte Lies Walker am Donnerstag aber nicht daran, auch wegen ihrer Verurteilung eine Beschwerde einzureichen. Als Ergänzung zur neuen Beschwerde wurde gegenüber dem Gebäude des BVG die Performance „Justitia aufwecken“ aufgeführt.



Am Montag wurde auch vor dem Europäischen Menschenegerichtshof in Straßburg „Justitia aufwecken“ aufgeführt, da das EGMR sich auch hier noch nicht gerührt hat. Obwohl bereits 2021 zwei abgelehnte oder richtiger: von BVG ignorierte BeschwerdeführerInnen Beschwerde wegen der Nichtbehandlung eingelegt hatten. Mehreren RednerInnen erläuterten den Sachverhalt – wenn auch vor allem Straßenverkehr und Touristen das Publikum stellten.

Bereits am Donnerstag luden die Beschwerdeführenden zu einer Informationsveranstaltung im Internationalen Begegnungszentrum Karlsruhe ein. Die einzelnen Aktiven erzählten ihre Geschichten, zeigten Bilder von den Go-In Aktionen und was sie dazu motivierte, diese durchzuführen. Die Beiträge umrahmte Gerd Schinkel (Köln) gekonnt musikalisch.

Fr, 22. Sept: Performance „Justitia erwacht“ vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, Sa, 23. Sept: Karlsruhe - Rastatt - Soufflenheim (F) - Rheinmünster So, 24. Sept: Rheinmünster - Bühl - Offenburg - Kehl Mo, 25. Sept: Kehl - Straßbourg (F), Kundgebung und Abschluß mit Performance „Justitia erwacht“ (+ einigen unbeachteten Reden) vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Willi Rester, DFG-VK Oberpfalz hat die Tour maßgeblich mitorganisiert.

Fortsetzung Bericht Friedensfahrradtour atomwaffenfrei

Herzlichen Dank auch an die Karlsruher Friedensbewegung, die die dortigen Aktionen tatkräftig unterstützte. Insbesondere der örtlichen DFG-VK für das Tragen der kompletten Organisationsarbeit und anderes mehr. Ebenso auch an das Wohnprojekt MiKa, die die Friedensaktivisten privat unterbrachten und in ihrem Kulturhaus die Besprechungs- und Verpflegungsmöglichkeiten bereitstellten.

Am Samstag fuhren dann endlich die 11 FahrradfahrerInnen los, um dem Namen der Aktion



auch gerecht zu werden. Sicher geführt von der 18jährigen Amelie, radelten wir erst nach Wörth am Rhein, querten bei Lauterbourg die Grenze zu Frankreich und später den Rhein bei Seltz. Das Schloß in Rastatt bekam noch für ein Fotoshooting einen Besuch, bevor die Übernachtung in Rheinmünster erreicht wurde.

Am Sonntag war die erste Station das Friedenskreuz in Bühl. Dort stieß Klaus aus Offenburg zu uns, der die Radgruppe auf landschaftliche reizvollen (wenn auch verspätungsfördernden) Wegen in seine Heimatstadt führte. Hier hatte die Offenburger DFG-VK sich toll ins Zeug gelegt, um eine kleine, aber feine Kundgebung samt Infostand und Grußwort der Stadt auf die Beine zu stellen. Gerd Schinkel gestaltete mit seinen musikalischen Beiträgen wieder einmal den kulturellen Part der Friedensfahrradtour. Leider konnte nicht wie geplant den „Forderungen des Volkes“ vom September 1847, beschlossen im Salmen zu Offenburg, ein weiterer aktueller Artikel 14 "Atomwaffenfrei jetzt" an selbiger historischer Stätte hinzuzugefügt werden, da der Salem kurzfristig anderweitig genutzt wurde. Dafür wurde die Proklamation vor dem Offenburger Rathaus vollzogen und von den Anwesenden lebhaft begrüßt.



Aber auch die schönste Veranstaltung muss einmal enden, insbesondere wenn der Übernachtungsplatz noch 18 km entfernt in Kehl ist. Marliese lotste uns sicher da hin. Vielen Dank dafür.



Am Montag standen zwar nur 8 km auf dem Programm, aber durch die Straßenzüge der Stadt Straßburg war das nicht ganz einfach. Wieder brachte uns Amelie pünktlich zum Ziel, den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Dort hieß es nach der „Manifestation“ Abschied zu nehmen, die manche zur Heimreise, andere für weitere Urlaubstage nutzten.

Die üblichen Herausforderungen einer Friedensfahrradtour wie die spontane Verweigerung des gebuchten Leihanhängers oder die Erkrankung des Begleitfahrers konnten einen Meister der Improvisation

wie Michael Sünner nicht aus der Ruhe bringen. Dank gebührt auch heimischen Tourenleitern des ADFC für ihre Routenvorschläge sowie Patrick aus Lunéville für seine Hinweise zum Anmeldeprozedere einer Manifestation in Frankreich und auch allen Teilnehmern, die sich aktiv in die Gestaltung der Friedensfahrradtour eingebracht haben. Und vor allem der Kampagne „Atomwaffenfrei jetzt“ für die Idee und monatelange Vorbereitung.



Exaktere Informationen zur Verfassungsbeschwerde, den Aktionen zum zivilen Widerstand und dem juristischen Ablauf können nachgelesen werden auf: www.atomwaffenfrei.de

Dienstag 26. März 2024 , 19:00 Uhr
Online: <https://vk.attac.de/b/att-vok-okb-awj>

„Kalter Krieg – Heißer Krieg – Atomkrieg“

Der Vortrag vom 22. November 2023 wird wiederholt, mit der Möglichkeit, Fragen zu stellen und zu diskutieren

Über die Entwicklung der Atombomben bis zur Frage, wie verhalten sich die Atommächte im aktuellen Ukraine-Krieg

Lange gab es ein vermeintliches „Gleichgewicht des Schreckens“, das einen Atomkrieg zwischen USA und Russland verhindern sollte. Aber die Rüstungskontrollverträge wurden aufgekündigt. Sowohl die Angriffswaffen als auch die Abwehrsysteme werden modernisiert. Der Begriff der Abschreckung wurde schleichend verändert. Entsprechend den Konzepten des Pentagon gehört jetzt zur Abschreckung sowohl der präventive Angriff auf die Atomwaffen des Gegners, als auch die umfassende Abwehr von Angriffen. Noch ist der Krieg in der Ukraine ein begrenzter Krieg. Ein militärischer Sieg über die atomar bewaffnete Großmacht Russland ist nicht möglich. Das Risiko einer Eskalation zum Atomkrieg ist gegeben.

Referent: Thomas Rödl

M.A. für Philosophie, Politologie und Psychologie.

Er ist ehrenamtlicher Geschäftsführer des bayerischen Landesverbands der DFG-VK und hauptamtlicher Geschäftsführer des Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerks sowie Landessprecher der DFG-VK Bayern.

Referat im Rahmen der Münchner Friedenswochen 2023, zum Bild links

Bei einer Video- Konferenz- Veranstaltung am 26.3.2024, 19:00 Uhr, wird die Aufzeichnung des Vortrages gezeigt, der Referent Thomas Rödl ist in der Konferenz und es besteht die Möglichkeit, Fragen zu stellen und zu diskutieren
Link: <https://vk.attac.de/b/att-vok-okb-awj>

Hier ist der Vortrag vom 22.11.2023 zu sehen:

<https://youtu.be/XOXWASRu-4A>

Veranstalter:



Aktionstag gegen den Krieg, München 3.10. 2023

Der Tag der deutschen Einheit sollte als Anlass für viele Antikriegsaktionen genommen werden, so der Aufruf des Bundesausschuss Friedensratschlag, bzw der dort angesiedelten Initiative „Nein zum Krieg“.



Aus dem Aufruf:

Es ist höchste Zeit für Friedenspolitik! Widerstand gegen Militarismus und Krieg organisieren!

Das Münchner Friedensbündnis unterstützt die Internationale Forderung: Frieden durch friedliche Mittel.

Sofortiger Waffenstillstand und Verhandlungen!

Es ist höchste Zeit für Friedenspolitik!

<https://www.muenchner-friedensbueundnis.de/node/2211>

Dienstag, 03.10.2023 ab 14.00 Uhr

Odeonsplatz, München

Hier finden sich zwei Redebeiträge der Kundgebung in München:

Redebeitrag von Reiner Braun / Internationales Peace Bureau:

Ringens um die neue Weltordnung?

<https://youtu.be/PBSys0yTYe>

Jürgen Rose vom der Soldaten- und Reservistenvereinigung „Darmstädter Signal“, ehemaliger Oberstleutnant der Bundeswehr, Thema: Der Krieg in der Ukraine
<https://youtu.be/BXTiNJiMPHo>

Zu der Veranstaltung am Odeonsplatz kamen zwischen 250-300 Menschen. Zu den parallel laufenden Veranstaltungen am Marienplatz kamen

a) „Mir reicht's - Macht Frieden!“ Organisation „München steht auf“, mehr als 1000 Menschen.

b) einige Meter weiter, Marienplatz, Nähe Altes Rathaus. Eine Ukraine-Organisation wirbt für die militärische Unterstützung der Ukraine durch Deutschland, mit etwa 25-30 Personen.

Es gibt einen interessanten Briefwechsel zwischen „München steht auf“ und dem „Münchner Friedensbündnis“ (November 2022 - Januar 2023), der die unterschiedlichen Positionen darstellt. „München steht auf“ wird vom eher links orientierten Friedensbündnis als rechts-offen betrachtet, weil es AfD-Funktionären ein Forum bietet bzw geboten hat.

In München, Berlin, Hamburg, Köln, Frankfurt und anderen Städten gibt es mehrere und ähnlich kontroverse Positionen in den Protestbewegungen gegen den Krieg in der Ukraine.

Zum Artikel in der Jungen Welt v. 4.10.2023: (folgende Seite) Insofern ist es ein Ärgernis dass auch die Aufrufer der Initiative „Nein zum Krieg“ die unterschiedlichen Gruppierungen gleichwertig nebeneinander stellen.

(Vgl dazu mein Kommentar im PAX AN 1-23 <https://dfg-vk-bayern.de/wp-content/uploads/2023/03/PAX-AN-1-23-online.pdf>)

Jede/r kann sich als Friedensbewegung bezeichnen, der Begriff ist nicht geschützt.

Ausser in der Jungen Welt wurde nicht berichtet, was auch nicht weiter verwundert. (Kommentar Thomas Rödl)

Bild unten: Infostand der DFG-VK ganz unten: Da ham sich dann alle in den Schatten verkrümmelt



■ Abgeschrieben

■ Der Friedensaktivist Willi van Ooyen von der Ukraine-Initiative »Die Waffen nieder – Nein zum Krieg« informierte am Dienstag über Proteste der Friedensbewegung:

Die Ukraine-Initiative »Die Waffen nieder – Nein zum Krieg« hat sich dem Aufruf der Wiener Friedenskonferenz angeschlossen und zu einer globalen Mobilisierungswoche von Samstag, 30. September, bis Sonntag, 8. Oktober 2023, aufgerufen, um einen sofortigen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen zur Beendigung dieses Krieges in der Ukraine zu fordern. (...)

In Hamburg fand – wegen der bundesweiten Feier des »Tages der Deutschen Einheit« – eine größere Demonstration der Friedensbewegung statt. (...) An der heutigen Kundgebung in Hamburg vor dem Bahnhof Altona mit anschließender Demonstration zum Fischmarkt beteiligten sich über 700 Menschen bei strömendem Regen. In München fanden sich bei sonnigem Wetter 2.500 Menschen auf dem Marienplatz unter dem Motto »Mir reicht's – Macht Frieden« ein und auf dem Odeonsplatz über 300 Friedensbewegte, die »es ist höchste Zeit für Friedenspolitik! Widerstand gegen Militarismus und Krieg organisieren!« forderten.

Dem Aufruf der Friedensversammlung RheinRuhr zur Protestdemonstration gegen die Luftwaffen-Kommandozentrale in Kalkar/Uedem folgten über 300 Menschen. (...) In Berlin demonstrierten mehr als 800 Menschen vom Außenministerium über das Finanzministerium zur SPD-Zentrale und verlangten Abrüstung statt weiterer Waffenhilfenlieferungen an die Ukraine. Auch in Düsseldorf wurde von über 300 Teilnehmer*innen der Kundgebung »den Frieden gewinnen, nicht den Krieg« gefordert. Weitere Veranstaltungen fanden in Saarbrücken, Schorndorf und Heidelberg statt.

■ Am Montag richteten Dutzende Vereinigungen, darunter die Palästinensische Gemeinde Deutschland, »Palästina Spricht« und die »Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost« sowie rund 100 Wissenschaftler und Aktivisten einen offenen Brief an die Ruhr-Universität Bochum:

In den kommenden Wochen sollen an der Ruhr-Universität Bochum (RUB) mehrere Veranstaltungen stattfinden, die sich vorgeblich um das Thema Antisemitismus drehen: zum einen die »Aktionswochen gegen

Antisemitismus« (...) und zum anderen der Workshop »Jenseits von Kritik – Israelbezogenen Antisemitismus erkennen und reflektieren« (...). In Wahrheit aber werden hier der universitäre Rahmen und die einbezogenen Wissenschaftler:innen missbraucht, um jegliche Kritik am Staat Israel und seiner Politik als »antisemitisch« zu diffamieren und so im Umkehrschluss die von Menschenrechtler:innen und Wissenschaftler:innen attestierte Apartheid und den anhaltenden Kolonialismus in Palästina, die seit Jahrzehnten bestehende militärische Besatzung, den Landraub, den völkerrechtswidrigen Siedlungsbau und die fortlaufenden Menschenrechtsverletzungen durch Tel Aviv zu legitimieren.

Wir, die unterzeichnenden Organisationen und Einzelpersonen, fordern die Leitung, die verantwortlichen Stellen, die Dozierenden und den ASTA der Ruhr-Universität Bochum daher auf, von diesen Veranstaltungen in ihrem derzeit geplanten Format Abstand zu nehmen! (...) Der Kampf gegen Antisemitismus ist wichtig und nach wie vor notwendig. Was (...) an der RUB stattfinden wird, hat aber weder etwas mit Kampf gegen Antisemitismus noch mit Wissenschaft (allein) etwas zu tun. (...)

JW 4.10.23

Aus dem Redebeitrag von Inge Ammon am 3.10. 23

(Ex- Synodalin der Evang. Kirche in Bayern, sie war auch lange Zeit Vorsitzende des HVM-Bildungswerkes und Mitglied der DFG-VK), die in ihrem Beitrag bei der Kundgebung am 3.10. für eine Zusammenarbeit der Friedensbewegungen plädierte.

Auszüge aus ihrer Mitteilung: Ich war als Zeitzeugin zum Thema "Stoppt das Töten in der Ukraine" gebeten worden und ich habe frei gesprochen. Erster Ausgangspunkt war für mich Ghandi und der UN-Tag der Gewaltlosigkeit am 2.10., seine Inspiration für Frieden, Gewaltlosigkeit und Freiheit - sein gewaltfreien Widerstand - mittels Zivilem Ungehorsam - und sein Nutzen der Kraft der vielen aufgewachten Männer und Frauen (Inspiration für die Befreiungsbewegungen in Latein-Amerika.)

Zweiter Ausgangspunkt meiner Rede war die große Assange-Mahnwache am 1. Oktober mit Truck aus Neu-Ulm, die wieder mal von allen Leitmedien ARD, BR, SZ/Merkur usw. totgeschwiegen wurde, aber sich hier MahnwächterInnen der alten und der Neuen Friedensbewegung im Vertrauen begegnen. Ich gab meiner Hoffnung Ausdruck, dass der Brückenbau - angesichts der bewussten Spaltversuche - ob kurz oder lang gelingen kann.

Dass Krieg ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist, habe ich dann auch durch meine Erfahrungen ab Januar 1945 als dickes Trauma illustriert. Das Elend der Nachkriegszeit, die Verwundung der Seelen bis hin zur Sprachlosigkeit und Unfähigkeit zum Trauern.

Erinnert habe ich an die Zeit des Kalten Krieges/Nachrüstung und die wachsende Friedensbewegung - ohne Berührungängste - dankbar für das Organisationstalent von Claus Schreer. Mit einem Zitat von Johann Galtung habe ich abgeschlossen: Frieden braucht Wissen, Empathie, Kreativität und einen langen Atem.

10 Minuten Zeit waren mir gegeben worden. Ich hätte noch so viel von unserer pazifistischen Friedensarbeit erzählen können. Gerade auch in der DFG-VK habe ich viel gelernt.

Antisemitismus?

oder berechtigte Kritik an der Politik des israelischen Staates bzw. seiner Regierung?

Die im Artikel der Jungen Welt vom 4. Oktober 2023 angeprangerte Methode, jegliche Kritik an der Politik Israels als antisemitisch zu diffamieren, erscheint jetzt wie ein Präludium zu den andauernden Auseinandersetzungen in Politik und Medien.

Nebenstehend bzw. auf S. 17 die Stellungnahme der DFG-VK Bayern, diese war auch schon in der Print-Version von PAX AN 3-2023 enthalten, hier nochmal, auch zum Ausdrucken, kopieren und weitergeben geeignet.

Auf S. 18 im Kommentar von Judith Bernstein ein Blick auf den Konflikt in Palästina, und zum Umgang der deutschen Politik mit Israel.



**Deutsche Friedensgesellschaft –
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
Landesverband Bayern (DFG-VK Bayern)**

Frauenlobstr. 24 Rgb.
80337 München
Tel.: 089 / 89 62 34 46
bayern@dfg-vk.de
www.dfg-vk-bayern.de

Stellungnahme der DFG-VK Bayern anlässlich ihrer Mitgliederversammlung am 15. Oktober 2023 in Nürnberg

Wir verurteilen die Exzesse und Morde der Hamas-Terroristen in Israel aufs Schärfste. Für diese Verbrechen gibt es keine Rechtfertigung.

Insbesondere können weder die langjährige völkerrechtswidrige Besetzung Palästinas durch den Staat Israel noch der rechtswidrige Landraub oder die menschenrechtswidrige Behandlung der Bevölkerungen im Gaza-Streifen und in der Westbank diese Verbrechen legitimieren. Im Gegenteil – die Hamas hat dem Wunsch der Menschen in Palästina und Israel nach Frieden, Normalität und der Anerkennung eines palästinensischen Staates einmal mehr schwer geschadet.

Wir verurteilen die Eskalation durch Vergeltungsangriffe Israels in Form von Bombardements und die bevorstehende Bodenoffensive aufs Schärfste. Auch die durch Israel ausgeübte militärische Gewalt ist weder gerechtfertigt noch geeignet, den Konflikt zu lösen. Die Aufforderung zur Evakuierung des Nordteils des Gazastreifens unter Androhung brachialer Gewalt ist völkerrechtswidrig und menschenverachtend.

Wir fordern alle Menschen und Organisationen, die Frieden für Palästina und Israel erreichen möchten, auf, sich von Gewaltakten aller Kriegsparteien eindeutig zu distanzieren.

Wir fordern die israelische Regierung auf, anstatt Vergeltungs- und Racheaktionen gegen die Zivilbevölkerung zu planen und umzusetzen, die Täter ausfindig zu machen und sie dem internationalen Strafgerichtshof zu überstellen.

Wir fordern alle in die Kämpfe involvierten Kräfte auf, die Kampfhandlungen einzustellen und in Verhandlungen über die seit Jahrzehnten ungelöste Territorialfrage in den palästinensischen Gebieten einzutreten.

Wir fordern die Völkergemeinschaft auf, auf Israel und Palästina intensiv einzuwirken, um neue Verhandlungen zu erreichen.

Denn Terror und Krieg sind Verbrechen an der Menschheit. Sie sind nie geeignet, Konflikte zu lösen. Verlierer sind zahllose Menschen, die ihr Leben lassen, körperlich verstümmelt oder seelisch zerstört werden. Verlierer sind auch die Menschenrechte, die in jedem Krieg „getötet“ werden. Und Verlierer sind diejenigen Bewohner Israels und Palästinas, die sich um Versöhnung und Frieden bemühen.

Über die DFG-VK-Bayern

In der DFG-VK sind Menschen vereint, die mit gewaltfreien Mitteln nach Beseitigung des Krieges und seiner Ursachen streben. In unserer pazifistischen und antimilitaristischen Zielsetzung sind wir verbunden mit Menschen, die die gleichen Ziele verfolgen – egal in welchem Land.

Eine verpasste Chance

Gedanken zum Krieg im Gaza-Streifen, von Judith Bernstein. Sie wurde in Jerusalem geboren und lebt in München, ist seit 1991 Mitglied der Jüdisch-Palästinensischen Dialoggruppe München. Zusammen mit ihrem Ehemann Reiner Bernstein haben sie im Jahr 2018 den Preis „Aufrechter Gang“ der humanistischen Union erhalten. Abdruck hier mit freundlicher Genehmigung der Autorin.

EINE VERPASSTE CHANCE

*„Dem Brith Schalom schwebt ein binationales Palästina vor, in welchem beide Völker in völliger Gleichberechtigung leben, beide als gleich starke Faktoren das Schicksal des Landes bestimmend, ohne Rücksicht darauf, welches der beiden Völker an Zahl überragt. Ebenso wie die wohlerworbenen Rechte der Araber nicht um Haaresbreite verkürzt werden dürfen, ebenso muss das Recht der Juden anerkannt werden, sich in ihrem alten Heimatlande ungestört nach ihrer nationalen Eigenart zu entwickeln und eine möglichst große Zahl ihrer Brüder an dieser Entwicklung teilnehmen zu lassen.“, 1929.**

*Das Zitat ist dem Buch meines verstorbenen Mannes Reiner Bernstein „Wie alle Völker...? Israel und Palästina als Problem der internationalen Diplomatie“ entnommen. Dieses Manifest, das bereits 1929 verfasst wurde, wäre die Chance für die Juden, im Nahen Osten anzukommen. Leider haben die Juden aber es vorgezogen, statt einen gemeinsamen Staat mit der dort ansässigen Bevölkerung zu gründen, ihren Staat mit Gewalt zu erobern. War es wirklich notwendig, die palästinensischen Orte zu zerstören und die Bevölkerung zu vertreiben? So begann für die Palästinenser die bis heute anhaltende Nakba; damit haben Ben-Gurion und seine Regierung es in Kauf genommen, dass Israel immer ein Fremdkörper in der Region bleiben würde. Das Schicksal der vertriebenen Palästinenser hat niemanden nach 1948 interessiert.

Auch Persönlichkeiten wie Albert Einstein und Hannah Arendt waren skeptisch.

Albert Einstein:

„Frieden kann nicht mit Gewalt aufrechterhalten werden; er kann nur durch Verständnis erreicht werden. Nicht Herkunft oder Religion sollte unser Sein und unser Leben bestimmen, sondern allein die Vernunft, die Toleranz und die Verantwortung füreinander!“

Hannah Arendt plädierte für einen jüdischen Staat im Rahmen eines föderativen, multiethnischen Konstrukts. Nur so, glaubte sie, konnte die jüdische Nation Teil der Nationen der Welt werden.

Die Zustimmung der Weltgemeinschaft zur Gründung des neuen Staates ging auf das Versagen der Länder zurück, die Juden aus der Barbarei der Nazis zu befreien. Auch sah der Westen Israel als sein Bollwerk in der Region.

Eine weitere Chance für Israel wäre die Niederlage der arabischen Staaten nach 1967 gewesen. Es war diesmal Golda Meir, die nicht bereit war, mit den besiegten Staaten Jordanien und Ägypten über einen eigenständigen palästinensischen Staat zu verhandeln.

Der Erste, der verstanden hat, dass der Konflikt nicht mit Gewalt zu lösen war, war Yitzhak Rabin (der bestimmt kein Linker war). Dafür musste er mit seinem Leben bezahlen; ihm wurde vorgeworfen, „er kümmere sich nicht um sein Land“.

Zu Hamas: Israel hat Hamas als Konkurrenz zur PLO aufgebaut, um die palästinensische Bevölkerung zu spalten. Für Netanyahu war immer klar, dass er nie mit der Hamas über einen Frieden verhandeln würde. Er befürchtete jedoch, dass der Westen ihn evtl. zu einem Frieden mit der PLO zwingen würde. Da er die Hamas gebraucht hat und auch heute noch braucht, hat er sie nach keinem Gazakrieg vernichtet.

Im Gegensatz zu vielen Palästina-Anhängern in Deutschland wollen die Palästinenser vor Ort weder die Hamas noch die PLO - sie wollen in Frieden und Freiheit leben. Vor allem die jungen Menschen, die keine Zukunft für sich sehen und aus den sozialen Medien entnehmen, wie andere junge Menschen leben, wünschen sich nichts anderes als wie alle Jugendliche in der Welt zu leben.

Die Hamas hat in ihrer letzten gewalttätigen und brutalen Aktion vom 07.10.23 genau die Orte zerstört und deren Einwohner ermordet bzw. verschleppt, die gegen die Politik ihrer Regierung demonstriert haben und zum großen Teil zum Friedenslager gehörten. Bis zur Abriegelung des Gazastreifens gab es von ihnen sogar Unterstützung für die Bewohner Gazas. Viele der Verwandten der Ermordeten und Verschleppten beschuldigen die eigene Regierung für den Tod und die Geiselnhaft ihrer Angehörigen verantwortlich zu sein.

Hamas hält die palästinensische Bevölkerung als Geisel genau wie die israelische Regierung es mit ihrer Bevölkerung tut. Der Westen hat es versäumt, die Bevölkerungen auf beiden Seiten und nicht ihre korrupten Regierungen zu unterstützen.

Warum hat der Westen nicht gegen die Gewalt der Siedler protestiert, die jede Form von Zusammenleben verhindert? Ist das die Staatsräson, von der immer wieder die Rede ist? Ich höre zwar, dass die deutsche und europäische Politik versagt hat, aber die deutschen Politiker stellen sich wieder auf die Seite Israels, auf die Seite des Mannes, gegen den wöchentlich demonstriert wird. Warum eigentlich? Somit verhindert der Westen eine Lösung für alle dort lebenden Völker.

Auch das Abraham-Abkommen, auf das die Amerikaner so stolz sind, war kein Abkommen zwischen den Bevölkerungen, sondern zwischen Despoten und der korrupten israelischen Regierung. Wieder

Graffiti an einer Hauswand in Würzburg, initiiert von Handicap International - vermutlich aus der Zeit als Aleppo zerstört wurde.
Fotos Martina Jäger



Fortsetzung „verpasste Chance“ von S. 18

einmal hat der Westen die falschen Kräfte unterstützt. So hat er verhindert, dass Israel im Nahen Osten ankommt. Eine Tragödie für Israel!

Israel befand sich zwar im Nahen Osten, hat aber in seinem „way of life“ immer den USA und Europa nachgeahmt. Wenn Israel im Nahen Osten ankommen will, muss es sich mit seinen Nachbarn und nicht mit Amerika oder Europa verständigen.

Und nun zu Deutschland:

Was heißt Solidarität mit Israel - mit welchem Israel? Das Israel von Netanyahu, das mit den Siedlern in der Westbank das vollendet, was 1948 begann – die Säuberung der palästinensischen Gebiete, oder mit den Friedensgruppen?

Wieso wird gegen Antisemitismus gekämpft, nicht aber gegen Antiislamismus – ein Phänomen, das in Deutschland viel weiter verbreitet ist.

Warum wurden wir, die wir uns für die Gleichstellung der Palästinenser einsetzen – wir, die sehen, dass nur so auch Israel existieren kann - bekämpft?

Warum haben die Juden in Deutschland, denen es so gut geht wie nie zuvor, jede Regierung Israels und nicht die Kräfte in Israel, die um die Zukunft dieses Landes kämpfen, unterstützt?

Warum durfte ich seit Jahren nicht über meine Geburtsstadt Jerusalem sprechen? Warum sollte mein Mann wegen seiner vorsichtigen Kritik an der Politik Israels mundtot gemacht werden? (siehe sein letztes Buch „Allen Anfeindungen zum Trotz“).

Mit genau dieser Politik haben Deutschland und der Westen dafür gesorgt, dass die Zukunft Israels im Nahen Osten immer unsicher bleiben wird und wir Juden wieder einmal als der „Ewige Jude“ abgestempelt werden.

Afghanistan - was haben wir gelernt?

Kommentar von Julian Mühlfellner, anlässlich des 22. Jahrestags des Beginns der „Operation Enduring Freedom“ am 7. Oktober 2023. Auszüge aus dem Kommentar waren im Newsletter der Münchner Friedenskonferenz enthalten.

Die Lehren des Afghanistan-Kriegs für den Umgang der deutschen Bundesregierung mit dem Ukraine-Krieg

Heute vor genau 22 Jahren begann am 7. Oktober 2001 mit der „Operation Enduring Freedom“ (OEF) der jüngste Krieg in Afghanistan und der globale „War on Terror“. Die deutsche Beteiligung an diesem Krieg wird kaum noch öffentlich thematisiert. Dabei wäre es geboten – moralisch sowie rein pragmatisch – aus den Fehlern und Verbrechen des Afghanistan-Krieges zu lernen. Gerade jetzt, während die deutsche Bundesregierung mit selbstgerechter Inbrunst das Morden und Sterben in der Ukraine befeuert, sollte man die Lehren des Afghanistan-Krieges nicht aus den Augen verlieren. Denn sie stellen sämtliche Annahmen in Frage, auf denen die deutschen Waffenlieferungen in die Ukraine beruhen.

Die Erfahrung aus dem Afghanistan-Krieg stellt beispielsweise in Frage, ob und wie militärisch-technologische Überlegenheit zur Erreichung von Kriegszielen beiträgt. In Afghanistan prallte das US-Militär, die am besten ausgestattete Truppe der Welt, auf die Taliban, die in Ermangelung vergleichbarer Ausrüstung oft auf Guerilla-Taktiken wie improvisierte Sprengsätze und Selbstmordattentate setzten.

Diese technologische Asymmetrie erleichterte den internationalen Truppen die Erreichung ihrer Kriegsziele kaum. Obwohl es sich im Gegensatz dazu in der Ukraine momentan um einen relativ „symmetrischen“ Konflikt zwischen zwei etablierten Armeen handelt, zeigt die Erfahrung, dass die Milchbubenrechnung der Befürworter von Waffenlieferungen – „mehr und bessere Ausrüstung ist gleich Überlegenheit auf dem Schlachtfeld“ – nicht automatisch aufgeht.

Selbst wenn man diese erste (höchst zweifelhafte) Annahme akzeptiert, stellt sich die Frage, ob es überhaupt hinreichend konkret definierte und realistische Kriegsziele gibt, die es zu erreichen gilt. Der Afghanistan-Krieg ist berüchtigt dafür, wie häufig und unbeholfen die Kriegsziele umdefiniert wurden.

Mal ging es um die Bekämpfung von Taliban und Al-Qaida-Terroristen, mal um die Verbreitung von Demokratie, mal um die Stärkung der afghanischen Sicherheitskräfte. Wann ist der Terror besiegt, wann ist die

Demokratie verbreitet, wann sind die Sicherheitskräfte stark genug? Darauf konnte es nie abschließende Antworten geben.

In Bezug auf die Ukraine ereignet sich nun ähnliches. Was die deutsche Bundesregierung genau mit ihren Waffenlieferungen bezweckt, nämlich a) die Abwehr weiterer russischer Gebietsgewinne, b) die Rückeroberung der Gebiete, die ab dem 24. Februar 2022 eingenommen wurden, c) die Rückeroberung der sog. Volksrepubliken, d) die Rückeroberung der Krim, e) all of the above, oder f) none of the above, weiß niemand.

Es wird vage auf die ukrainische Regierung verwiesen, die vorsorglich die Maximalforderungen (e) stellt, egal wie unrealistisch sie sein mögen.

Darüber hinaus ist es jedoch zweifelhaft, ob Krieg überhaupt als überschaubares und begrenztes Ereignis verstanden werden kann, in dem Kriegsziele rational verfolgt werden können – oder ob Krieg nicht vielmehr unkontrollierbares und um sich greifendes Chaos bedeutet.

Der „War on Terror“ (ein unpräziser Propagandabegriff), der in Afghanistan begann, erstreckte sich im Endeffekt über mindestens zwei Kontinente, sieben Länder und 20 Jahre. Auch der Krieg in der Ukraine zieht immer weitere Kreise. Zusätzlich zum Gebiet der Ukraine ereignen sich Kampfhandlungen im Schwarzen Meer, in Russland (bis hin nach Moskau) und in der Ostsee. In Belarus, Moldau und Polen (NATO-Gebiet) sind Raketen eingeschlagen.

Der zeitliche Horizont des Krieges ist nicht absehbar, besonders dann nicht, wenn man die flächendeckende Verminung und Verseuchung des Landes in Betracht zieht, die auch lange nach Ende der Kampfhandlungen noch Terror verbreiten wird.

Entgegen den Beteuerungen der Bundesregierung können Waffenlieferungen nicht dergestalt kalkuliert werden, dass eine räumliche und zeitliche Ausweitung (geschweige denn, eine nukleare Eskalation) des Krieges ausbleibt.

Selbst wenn (man erkennt ein Muster, eine zweifelhafte Annahme beruht auf der nächsten) Krieg räumlich und zeitlich begrenzt werden könnte, so zeigt die Erfahrung aus Afghanistan, dass das Töten nicht auf Kombattanten begrenzt bleibt. Die



UN-Mission UNAMA, die erst 2009 zu zählen begann, berichtete 2021 von über 110 000 zivilen Opfern (Tote und Verletzte) durch Kampfhandlungen in Afghanistan. (Zu beachten: Nicht erfasst sind Opfer indirekter Kriegsfolgen und Schätzungen der Dunkelziffer gehen weit höher.)

Alle Kriegsparteien hatten Anteil an diesem Massenmorden, inklusive der Bundeswehr. In der Ukraine zählt die UN bisher fast 10.000 Tote. (Zu beachten: Nicht erfasst sind Opfer indirekter Kriegsfolgen und Schätzungen der Dunkelziffer gehen weit höher.)

Mindestens 20 % davon sind wohl Opfer ukrainischer Kampfhandlungen – wobei die Zuordnung vorsichtig zu interpretieren ist, da sie nur nach der jeweiligen Gebietskontrolle erfolgt und die UN von Schwierigkeiten bei der Datensammlung berichtet.

Nichtsdestotrotz lässt sich feststellen: Wenn Vertreter der Bundesregierung versprechen, dass Waffenlieferungen in die Ukraine die Zivilbevölkerung schützen, dann verleugnen sie die tausenden zivilen Opfer der Kampfhandlungen.

Zu schlechter Letzt: Die Annahme, dass es im Krieg so etwas wie eine "gute", "demokratische" oder "gerechte" Seite gibt, die konsequent bemüht ist, nach zweifelhaften "humanitären" Maßstäben zu handeln, wird durch die Erfahrung aus Afghanistan widerlegt. Vergewaltigung, Folter, Massenmord, Leichenschändung – es gibt kaum ein Verbrechen, dessen sich die US-geführten internationalen Truppen und ihre afghanischen Verbündeten nicht schuldig gemacht hätten.

Erkenntnisse über CIA-gesteuerte "zero units" zeigen zudem, dass solche Verbrechen systematisch begangen wurden. Im Ukraine-Krieg häufen sich nun Berichte über zivile Opfer ukrainischer Angriffe und Vorwürfe von Hinrichtungen wehrloser russischer Kriegsgefangener. Bereits vor der Ausweitung des Krieges 2022 gab es Berichte von Menschenrechtsorganisationen über die Folterpraxis ukrainischer Streitkräfte. Wie viel System hinter diesen mutmaßlichen Kriegsverbrechen steckt – und welche Rolle deutsche Waffen in ihnen spielen – wird wohl erst klar, wenn ihnen die gleiche Aufmerksamkeit zuteil wird, die den mutmaßlichen Kriegsverbrechen des russischen Militärs zukommt.

Das ist nur ein Abriss der offensichtlichsten Lehren, die aus dem Afghanistan-Krieg gezogen und auf den Umgang mit dem Ukraine-Krieg angewandt werden sollten. Und doch zeigt schon dieser Abriss, dass die deutsche Bundesregierung ihrer Verantwortung gegenüber den Menschen in der Ukraine in keinsten Weise nachkommt, wenn sie Waffen in die Ukraine liefert, denn keine dieser Lehren wird hinreichend thematisiert. Auch wenn sich die deutsche Beteiligung an diesen Kriegen qualitativ unterscheidet, sind die zugrundeliegenden Annahmen für die Beteiligung ähnlich und die Lehren anwendbar.

Im Übrigen sollte es nicht der Anwendbarkeit der Lehren auf den nächsten Krieg bedürfen, um die Notwendigkeit einer ernsthaften Beschäftigung mit dem Afghanistan-Krieg zu begründen. Die Bundeswehr, die deutsche Politik und die gesamte deutsche Gesellschaft sind es sich selbst und den Opfern des Afghanistan-Krieges schuldig, sich mit der deutschen Rolle

Friedenswochen in Augsburg

die Augsburger Friedensinitiative präsentiert seit Jahren ein anspruchsvolles Programm an Informations- und diskussionsveranstaltungen zu den aktuellen friedenspolitischen Themen. Nachfolgend links zu den Videomitschnitten der Veranstaltungen vom November 2023. Die aktiven FreundInnen der DFG-VK Gruppe sind auch die tragenden Säulen der Augsburger Friedensinitiative.

Die Veranstaltungen der 44. Augsburger Friedenswochen waren mit 890 Teilnehmenden gut besucht. Vielen Dank an alle, die mit Ihrem Besuch zum Gelingen beigetragen haben. Von den Veranstaltungen gibt es Videoaufzeichnung, bei Youtube abrufbar.

Fr, 10.11.2023 19:30 Uhr, Hollsaal,
Einschüchtern zwecklos: Unermüdlich gegen Krieg und Gewalt – was ein Einzelner bewegen kann? Lesung und Vortrag mit Jürgen Grässlin
Youtube: <https://youtu.be/R4J6chT-B-s>
Fr, 17.11.2023, 19:30 Uhr, Zeughaus:

Der Afghanistankrieg – Ursachen, Folgen und Lehren daraus
Vortrag und Diskussion mit Dr. phil. Matin Baraki
Youtube: <https://youtu.be/xyzMk8dn3uU>

Di, 21.11.2023, 19:30 Uhr, Augustanasaal,
Nach dem Ukrainekrieg: welche Weltordnung, welche Werte und welche Sicherheit? Vortrag und Diskussion mit Andreas Zumach
Youtube: <https://youtu.be/ai53nvK58p4>

23.11.2023 19:30 Uhr, Webinar,
Rechtsruck in Israel: Gibt es noch Chancen für den Friedensprozess?
Vortrag mit Jakob Reimann
Youtube: <https://youtu.be/Q241AL9B4nY>

Di, 28.11.2023, 19:00 Uhr, Augustanasaal, Im Annahof 4, Augsburg
Nur im Frieden bewahren wir uns selber. Die Bergpredigt als Zeitenwende. Vortrag und Diskussion mit Eugen Drewermann
Youtube: <https://youtu.be/q9haLB8HDIQ>

Viele Grüße AFI-Arbeitsausschuss

in diesem Krieg auseinanderzusetzen. Das ist bisher kaum geschehen und da reicht auch eine kaum beachtete Enquete-Kommission im Bundestag nicht aus.

Wir aus dem Trägerkreis der Internationalen Münchner Friedenskonferenz versuchen zu diesem Diskurs einen Beitrag zu leisten, beispielsweise mit dem diesjährigen (=2023) Vortrag von Dr. Fahim Amir auf der Friedenskonferenz zu den erschreckenden Parallelen und Verstrickungen der Kriege in Afghanistan und in der Ukraine. Wir werden das Thema auch in Zukunft nicht aus den Augen verlieren.



Bild nebenstehend:
Martina Jäger

Überleben in der Informationsflut .

Der Referent für Friedensfragen beim Internationalen Versöhnungsbund, Clemens Ronnefeldt, erstellt monatlich einen Newsletter zu friedenspolitischen Themen, derzeit mit Schwerpunkt zum Ukraine-Krieg. Dieser kann hier bestellt werden: „Bitte um Aufnahme in Verteiler“ in der Betreffzeile, Mail an die Adresse: C.Ronnefeldt@t-online.de

Unsere Internetseiten:

Infos über aktuelle Aktivitäten, Grundsatzprogramm, Positionspapiere, Informationsmaterialien, Kontakte zu Ortsgruppen und Bundesverband etc.: www.dfg-vk-bayern.de
Grundsätzliche Argumentation für Abrüstung: <http://www.abruesten.de/>

Zukunft sichern- Abrüsten

will Impulse geben, über Militär nachzudenken, will Argumente gegen Krieg und Militär untermauern und verbreiten, will aktive KriegsgegnerInnen und MilitärabschafferInnen vernetzen, will Aktionen unterstützen und Werbematerialien anbieten: www.no-militar.org

Texte zum Pazifismus,

über die Friedensbewegung, über die Arbeit der DFG-VK, über aktuelle Veranstaltungen des Bildungswerkes der DFG-VK Bayern, „ohne Waffen gegen die Nazis“, und grundsätzliche zu Militär und Krieg: <http://www.h-m-v-bildungswerk.de/>

Wollen Sie PAX AN, das Informationsblatt der DFG-VK Bayern, in Zukunft per E-Mail erhalten?

Sie können hier den „Newsletter abonnieren“ mit dem Vermerk „PAX AN“
<http://www.no-militar.org/index.php?ID=2>

Hinweis für Mitglieder der DFG-VK Bayern: Mitglieder, die uns ihre E-Mail-Adresse mitgeteilt haben, erhalten PAX AN (und unregelmäßig weitere Infos) automatisch per Mail.

Verteiler Landesverband- Aktive

In diesem Verteiler sind die gewählten SprecherInnen, Delegierte zum Landesausschuß und weitere Aktive FreundInnen in den einzelnen Ortsgruppen. An diesen Verteiler schicke ich Protokolle, einladungen und aktuelle friedenspolitische Infos. Interesse? mail an bayern@dfg-vk.de

Meer schwimmen.

Staatsraison [-rɛzɔ̃], **Staatsräson**, der Grundsatz, daß oberste Richtschnur für staatl. Handeln die ›ratio status‹ (Staatsvernunft) sei. Als Maximen gelten u. a.: die Verwirklichung des Gemeinwohls, Sicherung der Existenzbedingungen des Staates. Der Gedanke der S. geht zurück auf die Lehre N. MACHIAVELLIS, daß der Staat die zu seiner Selbsterhaltung nötige Macht ohne Rücksicht auf Recht und Moral wahren müsse. Im Zeitalter des Absolutismus beherrschte der Grundsatz der S. die polit. Praxis; im 19. Jh. schwächte er sich zur Lehre von der → Realpolitik ab.

F. MEINECKE: Werke, 4: Die Idee der S. in der neueren Gesch. (1976).

PAX AN

wird herausgegeben von der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Landesverband Bayern, V.i.S.d.P.: Thomas Rödl, c/o DFG-VK Frauenlobstr. 24 Rgb, 80337 München. Tel: 089 - 89 62 34 46, Di, Mi, 9:00 - 17:00, Fr 9:00-13:00Uhr. e-mail: bayern@dfg-vk.de

Wir bitten um Spenden

für das Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk für Friedensarbeit und Völkerverständigung! Publikationen, Veranstaltungen und Konzepte fürs Internet. (abzugsfähig) auf das Konto, IBAN: DE374306 0967 8217 1208 00 BIC: GENODEM1GLS

BOMBENSTIMMUNG

**Kalter Krieg
Heisser Krieg
Atomkrieg!**

Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine ist aus dem neuen Kalten Krieg ein heißer Krieg geworden. Die PazifistInnen verurteilen diesen Krieg. Wir fordern alle Kriegsparteien auf, einen Waffenstillstand zu vereinbaren und ohne Vorbedingungen zu verhandeln. Deutschland ist am Krieg beteiligt durch die Lieferung von Waffen und Munition, durch die Finanzierung des Krieges und durch die Ausbildung von ukrainischen Staaten. Dieser Krieg ist auch ein Stellvertreterkrieg zwischen USA und Russland. Beide sind mit Tausenden von Atomwaffen ausgerüstet. Der aktuell noch begrenzte Krieg kann zu einem globalen Atomkrieg werden. Im folgenden wollen wir die Ursachen des Krieges beleuchten und Schritte zum Frieden aufzeigen.

Die PazifistInnen
DFG-VK

Das Faltblatt wurde komplett überarbeitet und erweitert. Einerseits wird die Gefahr einer Eskalation des Krieges zum Atomkrieg dargestellt, andererseits werden auch konkret mögliche Schritte zu politischen Lösungen und zur Entmilitarisierung und Abrüstung aufgeführt.

Das Faltblatt zum Ansehen: https://www.no-militar.org/pdfs/Bombenstimmung-neu-2023-5tlg-E3-print.pdf?_t=1686057303

Auf den folgenden Seiten . 22- 24, Auszüge aus der Präsentation v. 22.11.2023, hier die Videoaufzeichnung: <https://youtu.be/XOXWASRu-4A>
Ansicht um 90 Grad drehen im pdf-viewer!



Ukraine 2 Stellungskrieg - Pattsituation

Dezember 2022

Angriffswaffen - Abwehrsysteme

Zielsuchende Panzerabwehr- Flugkörper

Weitreichende zielgenaue Raketenwerfer

Ergo: Entwertung der Panzerwaffe

Überlegenheit der Luftabwehr (Radartechnik, Reichweite, Zielsuche)

Ergo: Entwertung der Kampfflugzeuge

Rolle der Drohnen= unbemannte Flugkörper

Zielsuche, Überwachung = wo steckt der Feind? Kamikazedrohnen = selbständige Zielsuche

Überforderung „Sättigung“ von Abwehrsystemen durch Drohnen und Flugkörper

Echtzeit- Lagebild =

Verbesserung der Führung der Truppen

durch Aufklärung – Satellitenbilder – Spionage – AWACS Elektronische Kriegsführung

Folge: Abnutzungskrieg

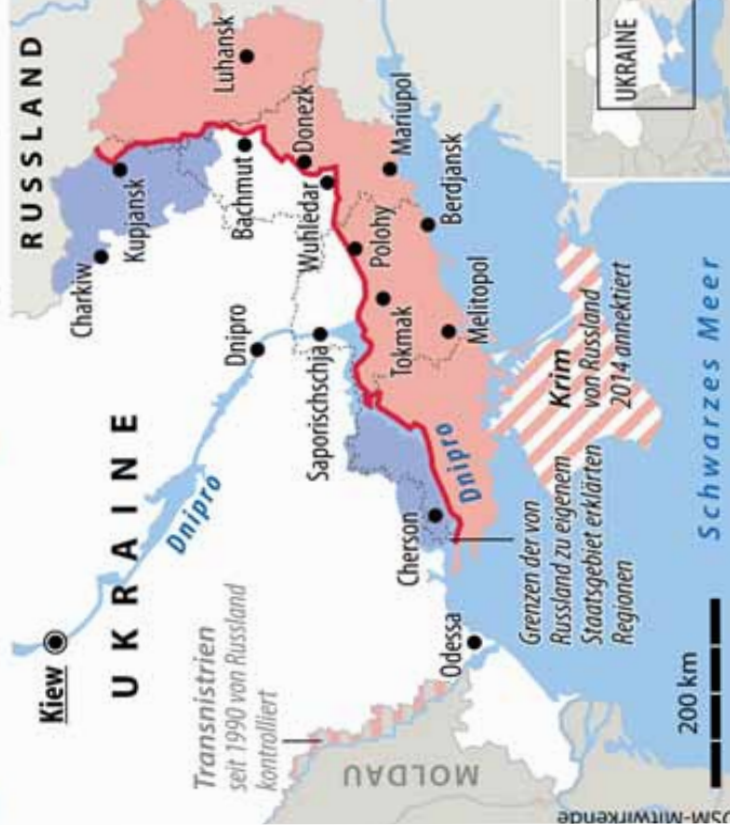


Taktisches Luftverteidigungssystem

Der Frontverlauf in der Ukraine

von der Ukraine zurückerobert

■ russische Truppen, teilweise Separatisten



Raketenwerfer Grad (russ. Hagel), Reichweite 50 km



HIMARS

High Mobility Artillery Rocket System Reichweite 80 km

Derzeit: Begrenzung des Kriegsschauplatzes

Karte: Picture alliance
https://www.stern.de/politik/ausland/ukraine--karten-zu-russischen-angriffen--fluechtenden--truppen--nato_32975670-31656454.html
13.12.22

Ukraine 3

Die Ukraine will eskalieren, und Ziele in Russland angreifen, um russische Kräfte zu schwächen

Russland kann eskalieren,

z.B. durch Angriffe auf Nachschubwege in der Ukraine, um zu verhindern, dass weitere Waffen und Munition an die Front kommen.

Russland könnte auch US- oder auf NATO-Stützpunkte in Europa angreifen- auch mit Atomwaffen.

Funktioniert die Abschreckung? (Absprachen?)

Szenario Schlagabtausch und nukleare Eskalation?

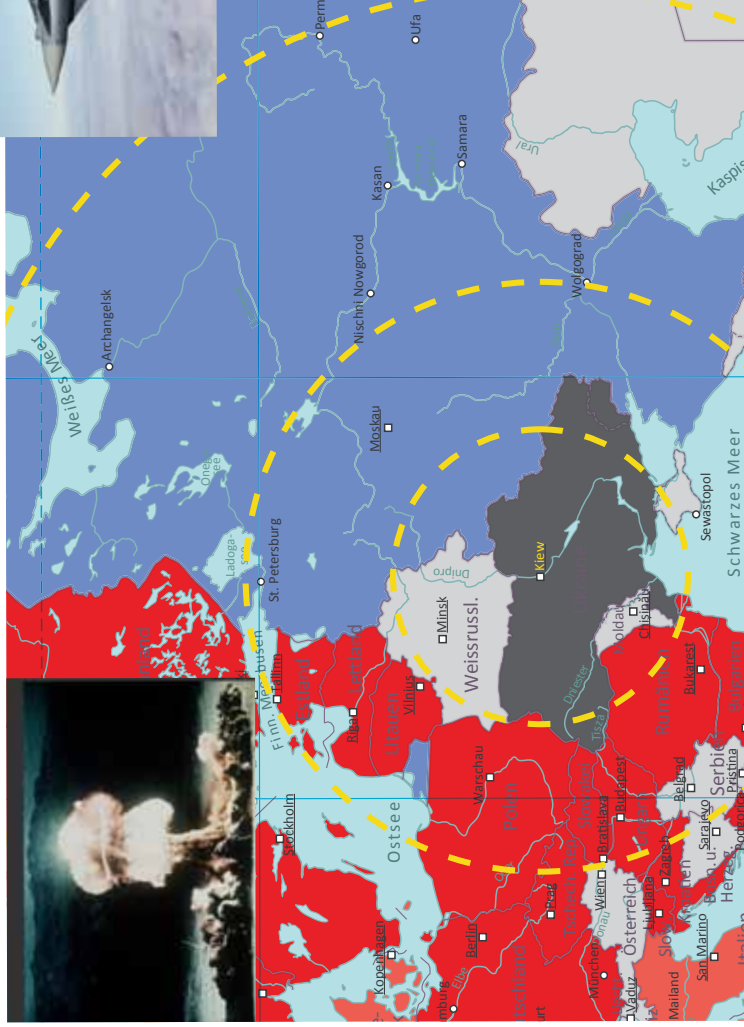
Ein Sieg gegen Russland ist nicht möglich, sondern nur eine Schwächung der russischen Streitkräfte bis zu dem Punkt, an dem die Führung entscheiden muss, ob sie kapitulieren oder Atomwaffen einsetzen.

Nach der Kuba-Krise notierte Der US- Präsident John F. Kennedy damals eine Erkenntnis, die für das heutige Überleben der Menschheit entscheidend ist. Sie lautet:

„Vor allem müssen die Atommächte bei der Verteidigung ihrer eigenen vitalen Interessen jene Konfrontationen vermeiden, die einen Gegner vor die Wahl stellen, entweder sich gedemütigt zurückzuziehen oder einen Atomkrieg zu führen. Einen solchen Kurs im Atomzeitalter einzuschlagen, wäre nur ein Beweis für den Bankrott unserer Politik- oder für einen kollektiven Todeswunsch für die Welt.“

Wegen der Ausweitung der NATO eine Konfrontation mit Russland zu riskieren war von vorneherein und erkennbar unklug, unsinnig und gegen unsere Sicherheitsinteressen gerichtet!

Eskalation?



Eurofighter mit Taurus Marschflugkörper = „Abstandswaffe“ 350 (500) km Reichweite, präzisionsgesteuert, bunkerbrechender Sprengkopf.

Marschflugkörper „Storm“ und „Shadow“ aus britischer Produktion, Reichweite 350 km, wurden von den ukrainischen Streitkräften schon eingesetzt

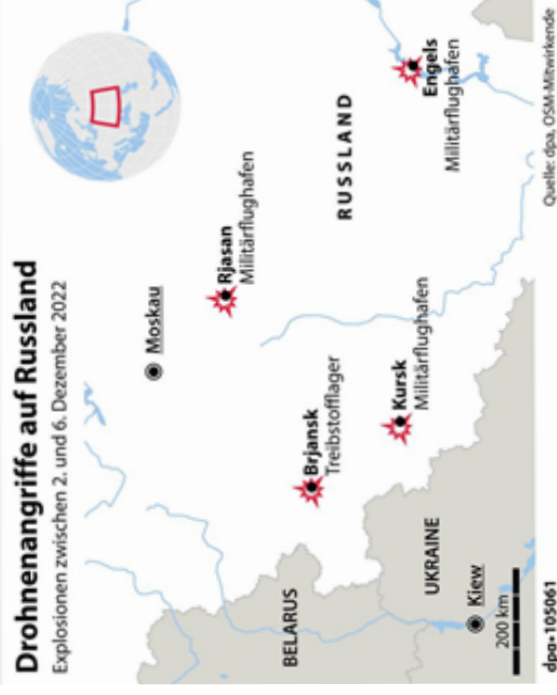


Army Tactical Missile, Reichweite derzeit:

165 km, in Zukunft: 300 km

[https://en.wikipedia.org/wiki/MGM-140_ATACMS#/media/File:ATACMSMay2006_\(cropped\).jpg](https://en.wikipedia.org/wiki/MGM-140_ATACMS#/media/File:ATACMSMay2006_(cropped).jpg)

By Unknown author - <https://sil-www.army.mil, Public Domain, https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=77774980>



Drohnenangriffe auf Russland

Explosionen zwischen 2. und 6. Dezember 2022

Quelle: dpa, OSM-Mitwirkende
© Picture Alliance

Ukraine 5 Nach dem Krieg ist vor dem Krieg



Dark Eagle (Black Eagle, Foto) 2875 km
Long Range Hypersonic Weapon,
Hyperschallgleitkörper, Mach 5? kann auch vom U-Boot ab-
gefeuert werden. Atomar?? , über 500 km Reichweiten waren
vom INF Vertrag verboten

Überwindung der Abwehr durch Reichweite, Geschwindigkeit, Flugbahn, Stealth Technik

Perspektive: Ausweitung des Kriegsschauplatzes von Anfang an

Perspektive: Neuer Rüstungswettlauf Angriffs- Abwehrsysteme

Übergang taktisch – strategisch = Problem für Rüstungskontrolle

Strategische Bedeutung mit konventionellen (nicht-atomaren) Wirk-
systemen



**Für das Raketen-Abschussystem HIMARS
High Mobility Artillery Rocket System
befindet sich aktuell eine Boden-Boden-Rakete (Precision Strike
Missile, PrSM) mit einer Reichweite über 500km in Entwicklung,
deren vorläufige Einsatzbereitschaft 2025 erreicht werden soll.
2.500 Raketen zum Preis von 2,038 Mrd. Dollar beschafft werden**

Eine Raketenabschussinheit der US-Armee (Symbolbild): Beim Test von Hyperschallraketen gab es erneut Probleme. (Quelle: IMAGO/ABACA) https://www.t-online.de/nachrichten/ausland/usa/id_100239456/us-hyperschallrakete-black-eagle-scheitert-bei-test.html

Die neue Hyperschallrakete besteht aus zwei wichtigen Komponenten: Einem Raketentriebwerk und einem Hyperschallgleitkörper, der auch die Bomben trägt. Die Rakete wird zunächst in eine entsprechende Höhe geschossen, wo sich dann das Triebwerk abtrennt. Daraufhin gleitet der verbliebene Teil auf einer recht flachen Flugbahn durch die Atmosphäre – allerdings mit extrem hoher Geschwindigkeit über Mach 5. Dennoch können die Hyperschallraketen noch gesteuert werden. Das macht es für Angegriffene schwierig, sie zu erfassen und zu zerstören.

Dass aber solche Waffen entweder hierzulande oder irgendwo sonst in Europa stationiert werden sollen, davon ist mit hoher Sicherheit auszugehen, ist auch die Stiftung Wissenschaft und Politik der Ansicht: „Die US-Streitkräfte, insbesondere das Heer, setzen bei ihren Modernisierungsanstrengungen auf weitreichende Abstands Waffen – sogenannte Long-Range Precision Fires (LRPF). Dazu zählen auch die oben erwähnte Mid-Range Capability sowie die neue Hyperschallwaffe. Stationierungsentscheidungen auf amerikanischer Seite stehen noch aus. Doch würde es aus der Perspektive der USA wenig Sinn ergeben, solche Waffen zu entwickeln, ohne sie später in Europa stationieren zu wollen.“

